

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bewegen sich Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., in das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50.

Die achtseitige Konpartibelle über dem Raum kostet 1.- M. einschließlich Leertungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 1.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Leertungsgebühr. Anzeigen für den Tag: Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M. wozu pro Zeile. Stellen-Angebote in Bonn-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Folgen der Oberschlesien-Note

Der jüngste Schritt, den Frankreich in der oberschlesischen Angelegenheit getan hat, läßt den Wahnsinn auf beiden Seiten wieder in die Höhe schießen. Während französische chauvinistische Blätter aufs neue den Einmarsch in Ruhrrevier fordern, zetert die deutsche Hegepresse über die „schamlosen Briand'schen Lügen“ und fordert zum Widerstand auf. Es ergebe sich, sagt beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“ mit zwingenden Notwendigkeit, daß die deutsche Regierung die heilige Pflicht habe, jedes Anstreben, das die Machtverhältnisse in Oberschlesien während der Entscheidung der Entente einseitig zugunsten Polens verschieben wolle, mit äußerster Entschiedenheit abzulehnen. „Wir haben selbst“, so fährt sie fort, von Lloyd George die feierliche Erklärung gehört, daß Deutschland das Recht habe, sich gegen polnische Angriffe in Oberschlesien zu wehren. Dieses Recht und die großen Mittel zu seiner Durchführung können wir uns nicht nehmen lassen.“

Wenn Worte einen Sinn haben, so kann das doch nur heißen, daß Deutschland der Aufforderung zur Auflösung und Entwaffnung des Selbstschutzes nicht entsprechen solle. Das nationalistische Organ scheint gar nicht zu merken, wie sehr es sich mit seinen eigenen Freunden in Widerspruch setzt, die die Beschwerden des französischen Ministerpräsidenten mit größtem Nachdruck als völlig unbegründet bezeichnen, und wie sehr es den Gewaltpolitikern in Paris in die Hände arbeitet. In ihrem Eifer plaudert die „Deutsche Tageszeitung“ Dinge aus, die sie doch wahrscheinlich selbst nicht in der großen Dezentralität erörtern sehen möchte. Sie deutet an, daß der Selbstschutz sich noch immer in der Lage fühlt, Unternehmungen, die er für patriotisch hält, durchzuführen.

Uns sagt sie damit ja nichts neues. Wir wissen aus zahlreichen Fällen, daß die Entwaffnungssaktion nur unvollkommen vollzogen worden ist. Die militärischen Organisationen von Oberschlesien bleiben eine Gefahr. Aber eine Gefahr — das muß hervorgehoben werden — viel mehr für das Kabinett Wirth und vielleicht die Republik, als für Polen oder gar für Frankreich.

Trotz aller unserer wohlbegründeten Besorgnisse über die Pläne, die den einseitigen beschäftigungslos gewordenen Orgeschleuten in Schlesien vorzuziehen, sind wir nach wie vor der Meinung, daß die französische Note nach Form und Inhalt zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Sie zerstört alle Hoffnungen auf eine friedliche Verständigung und schweift die Segel derjenigen, die ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Ultimatum mit dem Hinweis darauf begründet haben, daß Frankreich doch fortgesetzt auf der Suche nach Gelegenheiten zur vollständigen Vernichtung Deutschlands bleibe.

Die Wirkung des ganzen Vorgehens auf den Bestand der gegenwärtigen deutschen Regierung liegt auf der Hand, und es scheint, daß sie auch Gegenstand von Unterhaltungen gewesen ist, die der Reichskanzler mit diplomatischen Vertretern der Entente geführt hat. Eine große amerikanische Zeitung verbreitet die Nachricht, daß Dr. Wirth dem englischen Botschafter seine Rücktrittsabsicht für den Fall einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien angekündigt habe. Von deutscher amtlicher Stelle wird der Vorgang etwas anders dargestellt, aber im wesentlichen hat er sich doch offenbar so abgespielt, wie die „Chicago Tribune“ behauptet. Ob der Reichskanzler gut daran getan hat, offen von der Möglichkeit seiner Demission zu sprechen, ist eine Frage für sich, und wenn er gar, wie gesagt wird, ganz allgemein einen Deutschland nicht ungünstigen Ausgang der Affäre als Rücktrittsgrund angegeben hätte, so würden wir das schon deshalb für bedenklich halten, weil unter einem nicht günstigen Entscheid unter Umständen auch die Ueberweisung eines für Deutschland nicht unbedingt lebensnotwendigen Teiles von Oberschlesien an Polen verstanden werden könnte.

Auf jeden Fall aber scheint keine Erklärung in Paris keinen Eindruck gemacht zu haben, denn Nachrichten, die von dort kommen, besagen, daß man das Kabinett Wirth ohnehin ausgegeben habe, und das „Echo de Paris“ tritt für die Besetzung des Ruhrreviers selbst auf die Gefahr hin ein, daß die deutsche Regierung in die Hände der Nationalisten übergehe. Nimmt die französische Regierung diesen Standpunkt ein, der an Prinzipialität kaum zu übertreffen wäre, dann müssen wir allerdings unsere Hoffnungen auf die Schaffung eines Ausgleichs auf ein Mindestmaß hinabdrücken.

Was uns noch nicht ganz verzweifeln läßt, ist der Umstand, daß sich doch auch in einem Teil der Pariser Presse — nicht nur in der sozialistischen — gewisse Bedenken gegen das Vorgehen Briands erheben, und daß sich bis zum gegenwärtigen Augenblick England und Italien der französischen Note noch nicht angeschlossen haben. In England vor allen Dingen scheint man mit den Pariser Methoden durchaus nicht einverstanden zu sein. Man fühlt sich wieder einmal von den

Verbündeten beiseite geschoben und vor den Kopf gestoßen. Ob diese Meinungsverschiedenheiten uns schließlich nützen werden, ist abzuwarten. Jedenfalls aber wäre nichts verfehlt, als wenn Deutschland nun wieder einmal den Versuch machen würde, die eine Macht gegen die andere auszuspielen und etwa dem Räte der „Deutschen Zeitung“ zu folgen, der dahin geht, Frankreich überhaupt keiner Antwort zu würdigen und nur einen Protest nach Rom und London zu richten. Wir müssen England und Italien ihren Weg allein finden lassen, denn alles, was so ausgelegt werden könnte, als wollten wir die Entente auseinanderreißen, würde nur zu unserem Nachteil ausschlagen.

Auch Italien für Vertagung der Konferenz

VA. Rom, 18. Juli.

Wie offiziös verlautet, hat sich auch die italienische Regierung im Sinne einer Vertagung der Konferenz des Obersten Rates ausgesprochen. Das neue Kabinett, und namentlich sein Außenminister Marquis della Torretta, ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß es unbedingt erforderlich sei, über das oberschlesische Problem erst eigene Erhebungen vorzunehmen, bevor man auf der Tagung des Obersten Rates sich auf eine endgültige Entscheidung festlege.

Rüstungen für einen neuen Dutsch

Polen, 18. Juli.

W. T. S. meldet: Im „Kurjer Pohnanski“ erklärt der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer aus Oberschlesien einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die Zeit zum Ausruhen ist für uns noch nicht gekommen. Wir müssen warten, um bereit zu sein, jeden Augenblick unser Leben für die Ideale einzusetzen, für welche wir gekämpft haben. Wir sind dabei, in allen Ortschaften Gruppen von ehemaligen Aufständischen zu bilden, die von einer starken Organisation umfaßt werden. Jeder Aufständische, der bis jetzt einer patriotischen Pflicht genügt hatte, ist verpflichtet, der Gruppe beizutreten.

Frankreich und die Kriegsprozesse

DA. Berlin, 18. Juli.

Aus hiesigen Ententekreisen verlautet, daß von französischer Seite keine weiteren Schritte in Sachen der Weizsäcker-Prozesse zu erwarten stehen. Persönlichkeiten, die zum Quai d'Orsay enge Fühlung unterhalten, versichern, daß der Ausgang der Verhandlungen die französische Regierung in keiner Weise überrascht habe, da diese von der Ueberzeugung nicht abzubringen sei, daß die Angelegenheit in den französischen Fällen mangelhaft und oberflächlich vorbereitet gewesen sei. Aus diesem Grunde hege man in Paris auch die Auffassung, auf weitere Gerichtsverhandlungen dieser Art, deren negatives Resultat man voraussetze, sei ein weiteres Gewicht nicht mehr zu legen.

Kein Abbruch der Aufbauberhandlungen

EE. Paris 18. Juli.

Der „Intransigeant“ meldet, entgegen anders lautenden Nachrichten, daß die Beratungen zwischen Doudeur und Katenau ihren Fortgang nehmen. Man hofft in einigen Tagen zu einem Abkommen und zur Unterzeichnung eines Protokolls zu gelangen, das die Abmachungen, die aus den Wiesbadener Besprechungen hervorgehen, festlegen wird.

Japan und die Washingtoner Konferenz

DA. London, 18. Juli.

Wie der Tokioter Korrespondent des „Daily Express“ berichtet, wird die Hinzuziehung Chinas zur Beschlusfassung über die Fragen des Pazifik und des Fernen Ostens in Tokio mit einigem Unbehagen betrachtet. Man befürchtet dort, daß die Teilnahme Chinas Japan auf der Konferenz in eine ungünstige Lage versetzt. Die allgemeine Meinung in Japan geht dahin, daß, wenn eine Konferenz über den Fernen Osten und dem Pazifik stattfindet und für alle Mächte in China die gleiche Behandlung verlangt wird, dann auch Japan Anspruch auf Gleichheit der Behandlung erheben kann, was die Einwanderung in Amerika, Australien usw. und den japanischen Handel in Indochina und auf den Inseln des Pazifiks anbelangt. Japan könnte sich in keine Erdrückungen dieser verschiedenen Fragen einlassen, wenn nicht zuvor die Voraussetzung der Gleichberechtigung gegeben sei.

Paris, 18. Juli.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes hat seine Arbeiten beendet. Briand erklärte bei dieser Gelegenheit, die Tagung des Ausschusses sei bereits vorigen September beschlossen und aus rein sachlichen Gründen einberufen worden und nicht etwa, um mit Amerika in der Abrüstungsfrage in Wettbewerb zu treten.

Lenin gegen den Kommunismus

Von L. Martow

II. Eine Verherrlichung des Kapitalismus

Die von Lenin vorgezeichnete neue Politik besteht aus folgenden Elementen:

1. Naturalsteuer und Freihandel mit Getreide;
2. Entwicklung des „genossenschaftlichen Kapitalismus“ in Form einer „Kooperation der kleinen Warenproduzenten“;
3. Entwicklung der Kleinindustrie, die bei der Beschaffung von Rohstoffen, Heizmaterialien und Lebensmitteln vom Staate unabhängig ist;
4. Verpachtung der dem Staate gehörenden Betriebe, Werke, Waldparzellen, Ländereien usw. an Kapitalisten auf Grund von Bestimmungen, die denen der KonzeSSIONen ähnlich sind;
5. Heranziehung von Händlern zum Austauschverkehr zwischen dem Staat und den kleinen Produzenten.

Nimmt die herrschende kommunistische Partei dieses Programm an, so wird sie die Verhältnisse der kapitalistischen Warenwirtschaft nicht nur dulden müssen, sondern sie wird diese Verhältnisse in jenem Hohlraum aktiv schaffen müssen, der nach den Experimenten des utopischen Kommunismus in Rußland entstanden ist. So wird den auf dem Gebiet der Lebensmittelbeschaffung tätigen kommunistischen Funktionären von Lenin mit dürren Worten erklärt, daß sie mit allen Mitteln und um jeden Preis den Umsatz steigern müßten, ohne den Kapitalismus zu fürchten:

„Der auf dem Gebiet der Verpflegung tätige Funktionär konnte bisher die eine grundlegende Direktive, 100 Prozent der zwangsweise abzuleistenden Mengen einzutreiben. Nunmehr lautet die Direktive anders. In kürzester Zeit sind 100 Prozent der Steuer einzutreiben, ferner weitere 100 Prozent im Wege des Austausches gegen Produkte der Groß- und Kleinindustrie zu beschaffen. Wer 75 Prozent der Steuer und 75 Prozent (von den zweiten 100 Prozent) im Austausch gegen Erzeugnisse der Groß- und Kleinindustrie heranzuschaffen vermag, wird eine für den Staat nützlichere Arbeit leisten, als jener, der 110 Prozent der Steuer und 55 Prozent (von den zweiten 100 Prozent) im Austausch heranzuschafft. . . Wir dürfen uns nicht scheuen, zuzugeben, daß wir bezüglich dieser Sache noch viel beim Kapitalisten lernen können und müssen.“ (Russ. Korr. Nr. 5, S. 293.)

Um die Kommunisten zu veranlassen, den Handelsumsatz der Bauern und der ländlichen Heimarbeit zu steigern, bemüht sich Lenin, seinen Anhängern eine ganze Reihe neuer Wahrheiten ins Gehirn zu hämmern. So schreibt er beispielsweise, daß der Versuch, die „Entwicklung des privaten, nichtstaatlichen Austausches, d. h. des Handels, des Kapitalismus, der beim Vorhandensein von Millionen Kleinproduzenten unvermeidlich ist, völlig zu unterbinden und zu verbieten“, eine „Dummheit und den Selbstmord der Partei“ bedeuten würde, die sie versuchen sollte.

„Eine Dummheit, denn diese Politik ist wirtschaftlich unmöglich. Ein Selbstmord, denn die Partei, die eine solche Politik versuchen sollte, würde unvermeidlich zusammenbrechen.“

Lenin macht dann weiter durchsichtige Andeutungen über die Stellungnahme mancher kommunistischer Parteiführer. Es ließe sich nicht verhehlen, daß einige Kommunisten in „Gedanken, Worten und Werken“ gefündigt hätten, indem sie einer solchen Politik zuneigten. Man müsse versuchen, von diesen Fehlern loszukommen. Man müsse unbedingt von ihnen loskommen, da die Dinge sich sonst sehr schlimm gestalten würden.

Bei seinem Hinweis auf die Notwendigkeit der Heranziehung des privaten Kapitals zum Handel, und der Verpachtung von Betrieben, Werken, Waldungen und Ländereien an kapitalistische Unternehmer bemerkt Lenin mit der Naivität eines Pensionssträulins:

„Von diesen beiden letztgenannten Arten von Staatskapitalismus ist bei uns überhaupt nicht die Rede. Man denkt gar nicht an sie und übersieht sie ganz.“

Dieser Hinweis ist nicht richtig. Als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands im Sommer 1919 ein Flugblatt unter dem Titel „Was tun?“ herausgab, in dem sie ihr ökonomisches Programm darlegte, das auch die beiden obengenannten Arten von Staatskapitalismus enthielt, wurden diese beiden Maßnahmen von den Bolschewisten, mit Lenin an der Spitze, als böswilliger Verrat des Proletariats gebrandmarkt.

Lenin erklärt aber auch offen, warum über diese Maßnahmen nicht gesprochen wurde. Es ist das nicht darauf zurückzuführen, daß wir stark und klug, sondern darauf, daß wir schwach und dumm sind. (Das letztere unterliegt schon längst keinem Zweifel! L. M.) Wir schauen uns, der „niederen Wahrheit“ direkt ins Auge zu schauen, unterliegen nur zu oft einer uns erhebenden Illusion. Diese Illusion besteht in der Vorstellung, daß „wir“ vom Kapitalismus zum Sozialismus übergehen. Diese Illusion wird von Lenin in entschiedener Weise zerstört.

„Seht Euch die Karte der Russischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik an. Im Norden von Wolgda, im Südosten von Rostow am Don und von Saratow, im Süden von Orsk und Omsk, im Norden von Tomsk finden sich unermessliche Flächen,

auf denen Duhende gewaltiger Kulturstaaten Raum hätten. Auf all diesen Flächen, herrschen patriarchalische Verhältnisse, Halb- wildheit und wahre Wildheit. Und die Bauern in den ent- fernten Winkeln des ganzen übrigen Rußlands? Wie steht es überall dort, wo Dörfer durch Dufende von Kilometern Weges, richtiger Weglosigkeit, von den Eisenbahnen, d. h. materiellen Verbindungen mit der Kultur, vom Kapitalismus, von der Großindustrie, von der großen Stadt getrennt sind? Herrscht an allen diesen Plätzen nicht auch das patriarchalische Verhältnis, die Teilnahmslosigkeit, die Halbwildheit vor?" (S. 296.)

Von diesen patriarchalischen Zuständen, erklärt Lenin, ist ein unmittelbarer Übergang zum Sozialismus undenkbar. Er macht allerdings den Vorbehalt, daß dieser Übergang theoretisch denkbar wäre — mit Hilfe der „Elektrifizierung“, die übrigens von den russischen Arbeitern schon längst als „Elektrifikation“ oder „Elektromotivisation“ bezeichnet wird, denn bisher diente dieser Hinweis Lenins nur dazu, um die Politik des direkten Übergangs zum Sozialismus von der „Halbwildheit“ zu rechtfertigen. Jetzt ist aber Lenin das Scherzen vergangen, und nachdem er theoretisch der „Elektrifizierung“ sein Kompliment gemacht, bekennt er, daß allein die Arbeiten erster Ordnung mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen müßten. Deshalb müsse man vorläufig „in den nächsten Jahren verstehen, an die Verbindungsleiter zu denken, die den Übergang von den patriarchalischen Verhältnissen, von der Kleinproduktion zum Sozialismus erleichtern können“. Vor allem müsse man aufhören, sich zu Ausprüchen verleiten zu lassen, wie: „Der Kapitalismus ist das Uebel, der Sozialismus ist das Heil.“ Ein solcher Ausspruch sei unrichtig, denn „er übersehen die ganze Summe der vorhandenen gesellschaftlichen Bedingungen, indem er nur zwei von ihnen herausgreift“. Und zum Staunen und zum Schreck seiner Gemeinde fährt Lenin dann fort:

„Der Kapitalismus ist ein Uebel, gemessen am Sozialismus. Der Kapitalismus ist das Heil gegenüber dem Mittelalter, gegenüber der Kleinproduktion, gegenüber dem mit der Zer- splitterung der Kleinproduzenten verbundenen Bürokratismus. Soweit wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen, ist der Kapitalismus in gewissem Maße unvermeidlich als elementares Erzeugnis der Kleinproduktion und des Austausches. In dem gleichen Maße müssen wir auch den Kapitalismus (insbesondere, indem wir ihn in das Bett des Staatskapitalismus legen) als Mittelglied zwischen der Klein- produktion und dem Sozialismus als Mittel, Weg und Weisheit zur Hebung der produktiven Kräfte ausnützen.“ (S. 296/297.)

Was bleibt nach dieser Anerkennung der fortschrittlichen Rolle des Kapitalismus im heutigen Rußland nach drei Jahren der allgemeinen Nationalisierung von dem kommunistischen Dogma übrig?

Es muß noch bemerkt werden, daß Lenin seinen Gedanken nicht vollständig zum Ausdruck bringt. Aus seiner These ergibt sich nämlich der freie Handel, wie die Beseitigung der Hindernisse für die Entwicklung der Klein- industrie. Zu seinem Programm gehört aber auch die teil- weise Übergabe der „sozialisierten“ großen Industrie an das Kapital. Ihr gegenüber mühte doch der Kapitalismus als Uebel angesehen werden! Vergegenwärtigt man sich aber, daß Lenin die Erteilung von Konzessionen an Kapitalisten damit rechtfertigt, daß jener Teil des Produktes, den der Konzessionär dem Staate abliefern wird, weit beträchtlicher sein würde als das gesamte Produkt, das der Staat gegenwärtig erzeugt; wenn man sich ferner der Worte Kropows erinnert, daß die Sowjetregierung ihre Monopolstellung in der Produktion nur um den Preis der Unterdrückung aller talentvolleren und vernünftigeren Elemente aufrecht erhielt; wenn man sich an das geflügelte Wort Miljutins erinnert, daß die regierenden Kommunisten häufig jenem Hund auf dem Heuhaufen ähnlich lähen, der selbst nicht frisst und anderen nicht zu fressen gestattet, so ist es klar, daß nach der Ansicht Lenins der Kapitalismus ein „Heil“ ist nicht nur gegenüber dem Mittelalter, dem patriarchalischen Dorf, sondern auch gegen- über jenem restaurierten Mittelalter, das in Form einer Karikatur auf den Sozialismus von den Bolschewisten in der Großindustrie geschaffen worden ist.

Indem Lenin von nun an die Notwendigkeit der freien Konkurrenz zwischen Kapital, Genossenschaft und Staat in der Produktion proklamiert, spricht er offen die Ueber- zeugung aus, daß es eine seltene Ausnahme sein würde, wenn irgendeine wirtschaftliche Aufgabe auf „rein staat- lichem, rein kommunistischem Wege“ besser ausgeführt werden würde, als auf privatkapitalistischem oder genossen- schaftlichem Wege.

Ueberhaupt wird nun als Maßstab der Wirtschaftspolitik die größtmögliche Produktivität erklärt:

„Wer auf diesem Gebiete die größten Resultate erzielen wird, sei es auch nur auf dem Wege des privatwirtschaftlichen Kapitalismus, auch ohne die Genossenschaften, ohne eine direkte Umwandlung dieses Kapitalismus in Staatskapitalismus, wird dem allrussischen sozialistischen Aufbau mehr nützen als jener, der um die Reinheit des Kommunismus bedacht, Reglemente, Bestimmun- gen und Instruktionen für den Staatskapitalismus und die Genossenschaft verfaßt, ohne den Umsatz praktisch zu fördern.“ (S. 295.)

In seiner Begeisterung für den „Umsatz“ gelangt Lenin schließlich bis zur Verherrlichung — der Spekulation:

„Nebenbei bemerkt: Als ein nebenläufiger, aber immerhin be- deutungsvoller Umstand muß die Notwendigkeit hervorgehoben werden, die prinzipielle Behandlung der Frage einer Be- kämpfung der Spekulation zu ändern. Den „korrekten“ Handel, der sich der Staatskontrolle nicht entzieht, müssen wir unter- stützen; es liegt in unserem Interesse, ihn zu fördern. Die Spekulation kann man aber nicht vom „korrekten“ Handel unterscheiden, wenn man Spekulation im politisch-ökonomischen Sinne auffaßt. Handelsfreiheit ist Kapitalismus, Kapitalismus ist Spekulation, und es wäre lächerlich, demgegenüber die Augen zu verschließen.“ (S. 300.)

Was Lenin hier sagt, ist natürlich Unsinn. Eine praktische und ökonomische Politik hat es stets verstanden und wird es stets verstehen, zwischen Handel und Spekulation zu unter- scheiden, obwohl ein Element der „Spekulation“, d. h. eine Rechnung mit unbekanntem Größen, in jedem Handel vorhanden ist. Es kommt hier lediglich auf den größeren oder geringeren Grad dieses Elements an. Wenn die „Quantität in Qualität umschlägt“, verwandelt sich der reguläre Handel in Spekulation und wird selbst in einer auf Handel begründeten Gesellschaft zu einer antisozialen Er- scheinung.

Aber in diesem Unsinn, den Lenin ausspricht, ist doch ein Körnchen Wahrheit enthalten. Einerseits handelt es sich hier um ein Land, das durch eine dreijährige bolschewistische Politik zu einem katastrophalen Ruin gebracht worden ist, bei dem auch die einfachste Operation des Warenaustausches für den Wareninhaber mit so vielen unbekanntem Größen, mit so vielen unbekanntem Faktoren verknüpft ist — be- ginnend mit den täglichen Valutaschwankungen bis zur Ge-

fahr der Requisition, Konfiskation und der Erschießung durch die Beamten der „Außerordentlichen Kommission“ oder die Sperrkommandos —, daß unter diesen Umständen in der Tat jeder Händler und Unternehmer „spekulieren“ muß. Andererseits ist es bemerkenswert, daß die kommunistische Weisheit drei Jahre lang behauptete, jeder Handel sei eine Spekulation und deshalb müßten alle Händ- ler niedergeknallt werden, und daß sie nun auch die böse- artigste Spekulation verteidigen muß, um das Recht des Warenerzeugers auf den elementaren Austausch gleichwertiger Werte vor den Kommunisten zu verteidigen. Aus dem einen Extrem fällt man in das andere. . . .

Der Kampf gegen die neue Teuerung

Die „Dena“ verbreitet eine Meldung, wonach in den Ge- werkschaften sich eine lebhafteste Erregung gegen die kommende Brotpreiserhöhung geltend mache, die bereits zu einer Eingabe an die Reichsregierung geführt habe. Die Gewerkschaften sollen den Austritt der sozia- listischen Kabinettsmitglieder fordern, für den Fall, daß das Kabinett der Brotpreiserhöhung seine Zustimmung erteile.

Die Meldung enthält reichlichen Unsinn. Die Erhöhung der Brotpreise ist eine feststehende Tatsache. Die bürgerlichen Parteien haben für sie gestimmt, die Regierung kann sie also nicht mehr verhindern. Die Vertretungen der Arbeiterschaft haben die bürgerlichen Parteien auf die Folgen der neuen Verteuerung des wichtigsten Lebensmittels aufmerksam gemacht; da diese aber Weltmarktpreise für das Brotgetreide wollten, so sind nunmehr auch Welt- marktlöhne für die arbeitende Bevölkerung zu fordern. Im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ schreibt Georg Schmidt, der Vorsitzende des deutschen Landarbeiterver- bandes, folgendes darüber:

„Das Getreide nimmt im Warenverkehr in der freien Wirt- schaft seine Ausnahmestellung mehr ein und es muß deshalb das Bestreben der Lohn- und Gehaltsempfänger darauf gerichtet sein, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse eine ent- sprechende Lohn- und Gehaltserhöhung zu erzielen. Das Reich, die Länder und die Gemeinden müssen für ihre Beamten und ferner für die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen, Kleinrentner usw. dementsprechend ebenfalls die Konsequenzen ziehen. Es mag nicht angenehm sein, derartige Wahrheiten auszusprechen, aber es ist dies notwendig, um das Volk vor Illusionen zu be- wahren, daß es jetzt noch möglich sei, den Brotpreis künstlich niedrig zu halten.“

Der Kampf muß also jetzt gerichtet sein auf eine Er- höhung der Löhne und Gehälter, die nicht nur die neue Verteuerung des Brotes wieder wettmacht, sondern darüber hinaus das Einkommen der minderbemittelten Be- völkerung endlich so gestaltet, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Darüber hinaus muß allerdings noch gefordert werden, daß der Brotpreis, wie es in Oesterreich geschieht, je nach dem Einkommen der Bevölkerung gestaffelt wird.

Die Orgeß marschiert

Die Orgeß ist aufgelöst. Die Entwaffnung ist restlos durchgeführt. Werbungen sind durch besondere Geheze streng verboten. Auf dem Papier! Denn in Wirklichkeit marschiert die Orgeß. Als Beweis dafür diene neben vielen anderen folgender Bericht der „Frankfurter Volks- stimme“ aus Marburg a. d. Lahn:

„Seit einigen Tagen durchziehen hier des Abends Trupps jun- ger Leute von 8 bis 10 Mann, teils in vollkommen federmar- schmäßiger Ausrüstung, teils halb Zivil, halb Uniform, die Straßen der Stadt. Zum Teil sind die Demonstranten mit Hakenkreuzen, Orgeßabzeichen, bunten Armbinden, schwarz-weiß-roten Bändern und Fähnchen geschmückt und schleppen vielfach schwere Patronenlisten und große Gepäcksstücke mit sich.“

Wie einwandfrei festgestellt werden konnte, handelt es sich nicht um Reichswehr, sondern um irreguläre Banden vom Stile der Baltikumtruppen. Die ganze Sache hat in allen Kreisen der Bevölkerung und vor allem in der Arbeiterschaft eine leicht be- greifliche Erregung hervorgerufen, um so mehr noch, als die Polizeibeamten diesem ganzen Treiben vollkommen teilnahmslos zusehen.

Wir fragen: Was sind dies für Banden? Wer löhnt sie, be- zahlt ihre Eisenbahnfahrten, kleidet sie, wo heißen diese Leute, was tun sie in Marburg? Wir fordern, daß die Organe der Polizei sich unverzüglich der Sache annehmen und in aller Oeffent- lichkeit Aufklärung geben.“

Die Behörden werden die gewünschte Auskunft nicht geben. Sie haben dem Treiben der illegalen militärischen Formationen länger als zwei Jahre geduldig zugehört; jetzt, wo das Ultimatum der Entente uns die Verpflichtung auferlegt, die Orgeß restlos und ohne jeden Hintergedanken aufzulösen, jetzt wird lediglich mit papierernen Verordnungen gearbeitet, die Latein bleiben aus. Und nur darauf ist es zurückzuführen, daß die Orgeß trotz Ultimatum und Regie- rungsverbot frecher denn je auftreten kann. Es schwebt irgendetwas in der Luft. Die Arbeiter wissen das, sie werden was sam und a h w e r b e r e i t sein, und je weniger sie sich dabei auf die Behörden verlassen, desto sicherer wer- den sie mit der Orgeß aufräumen können und mit allen jenen Kreisen, die ihren dunklen Treibereien Vorschub leisten.

Toller Betrieb an der Börse

Wenn die Kaufkraft der Mark im Auslande sinkt, dann sinkt die Kaufkraft im Innern und automatisch schnellen die Preise in die Höhe, ohne daß die Arbeitenden sofort in der Lage sind, ihr Einkommen der Teuerung anzupassen. Ver- mehrte Not, wachsendes Elend sind die Folgen für das Pro- letariat.

Anders die Kapitalisten. Jedes Zurückweichen der deut- schen Mark löst bei ihnen einen wilden Taumel aus, der sich insbesondere an den Börsen abspielt. So kennzeichnet die „Frankfurter Zeitung“ die augenblickliche Lage an den Börsen mit den Worten:

Einen tolleren Betrieb wie in den letzten Wochen haben die deutschen Börsen kaum je erlebt. Auch im letzten Jahr und in den Wintermonaten 1921 hat es Zeiten gewaltigen Kaufandranges gegeben, aber sie scheinen durch die jüngste Hochflut überboten. Die Banken und Bankfirmen mühten sich vor Kaufanträgen wirk- lich nicht mehr zu retten, die Makler kamen mitunter in erste Verlegenheit bei der Kursermittlung, die sich durch den Kufen- umsatz oft ungewöhnlich lange verzögerte. Die überkommene Börsentechnik ist offensichtlich für einen solch fabelhaften Geschäfts- umsatz ein unzulängliches Instrument. Man sinnt auf Abhilfe und schlägt gleichmäßigere Verteilung der Papiere an die Makler, Vermehrung der Maklerzahl usw. vor. Jedermann hat den Ein- druck, daß etwas geschehen muß, um des Ansturms der Privatkund- schaft besser Herr zu werden. In Berlin bleibt nun die Börse

auf am Sonnabend im Monat Juli auch am Dienstag ge- schlossen, um den Banken und Firmen die Erledigung ihrer An- belten zu ermöglichen.“

Gleiche Feststellungen macht auch das „Berliner Tage- blatt“. Es schreibt:

„Die Variante: „An der Börse hängt, nach der Börse drängt doch alles“ ist nicht gerade schön, aber sicherlich zeitgemäß. Das Börsenfever hat wieder einmal die weitesten Kreise ergriffen, und in der Burgstraße erleben wir eine Hochkonjunktur, die wohl alles Dagewesene in den Schatten stellt. Die Wechselstuben der Banken werden vom Publikum gestürmt, und es bilden sich in den Depo- sitenkassen Polonaisen von Spekulanten aller Art, die ihre Börsen- aufträge los sein möchten. Oft genug gelingt ihnen das nicht, da sich die Großbanken infolge des starken Ordnereinganges dazu ent- schließen mühen, schon in den Vormittagsstunden die Annahme der Ausführungen am gleichen Tage abzulehnen. An der Börse selbst hat sich in den letzten Wochen ein riesiger Verkehr entwickelt, der sich jeweils bis in den späten Nachmittag hinzieht und an die Arbeitskraft des Bankpersonals und der Makler die höchsten Anforderungen stellt. Die Kursnotierung kann vielfach in der regulären Börsenzeit nicht beendet werden, und so ist es kein Wunder, wenn die Kurszettel der Handelszeitungen häufig Lücken aufweisen. In den Banken muß wieder mit ausgedehnten Ueber- stunden gearbeitet werden, und in den Maklerbüros ist man zum Teil noch um Mitternacht, ja, auch noch länger, mit dem Aus- schreiben von Schulnoten beschäftigt.“

Das sind die Wirkungen des Rückganges der Mark im Kreise der Kapitalisten. Ihnen ist, was für die Massen Not und Tod bedeutet, nur neuer Riegel zur Spekulation, neue Chance zum mühelosen Gewinn! Schärfer können sich die Gegensätze zwischen den wirklich Schaffenden und den kapita- listisch Interessierten nicht aufzeigen!

Robheitskoller

Maxim Gorki wendet sich, wie wir berichtet haben, in einem an Gerhart Hauptmann gerichteten Aufruf an die Menschheit um Hilfe für die infolge einer Mitternacht hurgende Bevölkerung Rußlands. Die erste Antwort auf diese menschliche Tat hat er dahin: Der „Berliner Lokalanzeiger“ benutzte die Ge- legenheit, um zu zeigen, in welchem Abgrund von Niedertrot und Robheit diejenigen wandeln, die mit diesem schmierigen aller Klatschblätter eines Sinnes sind. Er stellt seinen Lesern, die über die Zustände in Rußland ohnehin täglich von ihm schmähslich getäuscht werden, die Sache so dar, als sei die in Ruß- land eingetretene Not, aus der heraus Gorkis Hilferuf entstanden ist, auf die politischen Verhältnisse in Rußland zurück- zuführen, obwohl die Leute, die die Spalten des Lokalanzeigers täglich mit ihren Ausschreibungen zu füllen verpflichtet sind, genau wissen, daß davon keine Rede sein kann. Diese an der Skanven- leiste eines Berlegers hüpfenden Gesellen schreiben folgendes: „Wir sollen die Skanvenherden der Lenin, Trotski, Sinowjew füttern, die Gefahr am Leben halten, die uns bedroht.“ Dann fahren diese Sauberen fort:

„Wir haben nichts zu geben. Aber hätten wir, so dürf- ten wir nicht geben. Der blutige, lebenszerstörende Irrsinn, der sich in Rußland ausbreitet und der jetzt zum Verzehren eines großen Teils des Saatgetreides geführt hat, so daß die Acker vielfach nicht bestellt werden konnten, dieser Irrsinn muß sich erst selbst ad absurdum führen. Die fürchterliche Elendkur am russischen Volke, für die die Bolsche- wisten die Verantwortung tragen, muß sich vollziehen.“

Der Zenith der Gefühllosigkeit wird sodann erreicht mit dem Satz: „Wir haben nichts zu geben; und es ist vielleicht gut, daß wir so der Versuchung, doch helfen zu wollen, überhoben sind.“

Und darauf diese Krokodilsträne: „Zu gewaltig greift uns auch fremdes Elend ans Herz.“ Zum Schluß mit sabidischer Wollust: „Aber wir können ja nichts geben und werden so aus der Ferne unbeteiligte Zu- schauer des Fürchterlichen werden, das dieses Jahr über Rußland bringen wird.“

In Deutschland pflegt man davor anzuspucken. In ge- wissen anderen Ländern aber sagt man: Boches!

Die „Kote Fahne“ weiß auch in diesem Falle nichts anderes zu tun, als ihre Grammophonwalze aufzulegen und abzuspulen. Helfen könne dem russischen Volke einzig und allein das Prole- tariat, vor allem das deutsche Proletariat Deutschlands. „Dazu aber ist notwendig, daß das deutsche Proletariat die Bourgeoisie in die Knie zwingt.“ Wo wieder einmal die Revo- lution, die wie der Blitz aus heiterem Himmel kommen soll.

Nun steht fest, daß die gegenwärtige Not in Rußland zurückzu- führen ist auf die ungewöhnlich lange und ver- heerende Trockenheit, die das ganze Frühjahr und den ganzen Sommer hindurch in den Getreidegebieten Rußlands ge- herrscht hat. Dieses ist der einzige Grund für die Mitterte. So wenig das politische System in Rußland damit etwas zu tun hat, so wenig wird ein Tropfen Regen fallen und den Getreide- boden nützen, wenn das deutsche Proletariat zur Revolution kom- mandiert wird. Die „Kote Fahne“, die auch hier nur Phrasen gebraucht hat, sollte sich doch klar darüber sein, daß sie mit sol- chen Dummheiten die Wirkung des Gorkischen Aufrufes völlig aufhebt. Hier handelt es sich zunächst um eine ausschließlich menschliche Angelegenheit, und von diesem Gedanken ausgehend, hat sich Gorki an das rein menschliche Gefühl ge- wandt. Darum hat Gorki den Aufruf erscheinen lassen, und nicht Lenin. Die Arbeiterschaft direkt kann hier leider wenig helfen; denn sie hat weder Brot noch Medikamente zu geben. Sollten indes Sammlungen nötig sein, etwa zum Ankauf von Medikamenten, die in Deutschland vorhanden sind, so wird die deutsche Arbeiterschaft ihr Bestes zu leisten wissen.

Soweit die Angelegenheit eine politische Seite hat, kann sie uns nur veranlassen, unsere oft wiederholte und in wirksamster Weise vertretene Forderung nach Wiederaufnahme aller wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetruß- land zu wiederholen.

Der Kommunist Stern verhaftet. Der Kommunist Dr. Stern Berger ist in Stuttgart verhaftet worden. Es war gegen ihn seit längerer Zeit ein Ausweisungsbefehl ergangen. Stern war als neuer Redakteur des „Kommunist“ in Aussicht genommen.

Ein Lebensrettungsabzeichen. Die deutsche Lebensrettungs- gesellschaft e. V. hat vor einiger Zeit an Stelle der weggefallenen staatlichen Rettungsmedaille ein silbernes Abzeichen für Lebensrettung geschaffen, das bereits in mehreren Fällen verliehen worden ist.

Wachsende Beschäftigung in der englischen Baumwollindustrie. Die Beschäftigungsmöglichkeit in der Baumwollindustrie ist Lancashire nimmt einen erheblich größeren Umfang an. Die klei- nen Spinnereien haben sich dahin geeinigt, die bisher 24 stündige Arbeitszeit auf 30 Stunden für die Woche zu erhöhen.

Verschwendung öffentlicher Gelder

Unerfreuliche Zustände bei den Heimattreuen Oberschlesiern

Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Tätigkeit der Verbände heimattreuer Oberschlesier nicht so sei, daß sie ihren Zweck, Oberbeschleun bei Deutschland zu erhalten, auch erfüllen. Besonders deutlich hat es sich während des polnischen Aufstandes gezeigt, daß diese Verbände geradezu gegen die Interessen des deutschen Volkes arbeiten. In Oberschlesien selbst waren die Deutschen aller Parteien gegen die Aufrüstung eines Selbstschutzes, und der Aufstand hätte sich in kürzester Zeit aufgelöst, wenn man den polnischen Nationalisten keine neuen Agitationsmöglichkeiten gegeben hätte. Das geschah aber gerade durch die Verbände heimattreuer Oberschlesier im Reich, die zur Beirung Oberschlesiens aufriefen und in Gemeinschaft mit der Orzech bewaffnete Formationen in das Abstimmungsgebiet entsandten. Aber nicht nur die politischen Methoden geben Anlaß zur schärfsten Kritik, sondern auch von der Geschäftsführung dieser Verbände ist zu sagen, daß sie einen höchst bedenklichen Charakter trägt. Eine öffentliche Kontrolle ihrer Einnahme und Ausgabe der gesammelten Gelder gibt es überhaupt nicht, und aus diesem Grunde haben wir es vor einiger Zeit abgelehnt, die Sammlung und Verwendung der Gelder für die Opfer der Unruhen in Oberschlesien in die Hände der „Heimattreuen“ zu legen. Daß wir mit unserem Mißtrauen Recht hatten, geht aus einem Bericht der „Viegniger Volkszeitung“, eines rechtssozialistischen Organs, über eine Versammlung der Ortsgruppe Viegnitz der heimattreuen Oberschlesier hervor. Eine früher gewählte Kommission erstattete dort den Bericht über die Prüfung der Bücher und der Kassen. Wir geben aus dem Bericht der „Viegniger Volkszeitung“ folgende Einzelheiten wieder:

Herr Manjke, ein Mitglied der Prüfungskommission, führte aus, daß die Kommission nicht in der Lage gewesen sei, genaue Feststellungen zu machen, da die Buchungen vollständig ungenügend seien. Der Schatzmeister Goeß habe selbst gesagt, man habe sie absichtlich so gemacht, daß niemand gesehen daraus werde. Es sind erhebliche Fehlbeträge festgestellt worden. Ueber die Verwendungsart der Gelder machte der Redner folgende Mitteilungen:

„Der erste Vorsitzende bezog die bescheidene Summe von 800 M. monatlich, außerdem auch noch Zimmermiete, so aus der Ortsgruppe 60 M. und gleichfalls auch noch wieder von der Bezirksgruppe mehrere höhere Beträge für die Vergabe eines Zimmers, ohne die vielen anderen Entschädigungen, wie Reisekosten usw. Von hier bis Breslau lehte man folgende Rechnung auf: Eisenbahnfahrt pro Kilometer 50 Pf., Tagesgeld 30 M., Drohsche, Gepäckträger, Speisen und so noch vieles andere mehr. Weiterhin haben wir festgestellt, daß man sich eben jede Schreibarbeit bezahlen ließ, die Sitzungen wurden an den größten Teil des Vorstandes bezahlt mit wenigen Ausnahmen von einzelnen Vorstandsmitgliedern, wie Herr Dr. Königsberger, Herr Dr. Büttner, Jellen und noch andere Herren. Daß diese Herren nun empört sind, kann man sich wohl denken, aber es muß hier gesagt werden, daß man sich reichert hat an öffentlichen Geldern und daß man die Öffentlichkeit getäuscht hat, welche annahm, daß sämtliche Posten ehrenamtlich versehen werden. Daß eine Unmenge Arbeit zu leisten war, weiß wohl ein jeder von uns, aber man ist auch unständig dafür bezahlt worden. Ueber die hauptsächlichsten Einnahmen aus der Bezirksgruppe haben wir nichts erfahren, denn der 1. Vorsitzende hielt krampfhaft seine Einnahmebücher fest.“

Dem Kommunisten Steinig gab man 3700 M. Weinrechnungen wurden bezahlt, wer den Wein getrunken, steht allerdings nicht dabei, weiterhin hat man sich verführte Orden (Schl., Adler) gekauft, die eisenen waren ja nicht gut genug für die Vaterlandsliebe. Zufolgtowich ließ sich seine Zeichen bezahlen, u. a. eine, wo er 6 Gros, 4 Kognak, 2 Bohnenkaffee, 15 Zigaretten usw. verzehrte. Diese Herren haben ihre Speisen eingekauft und hier ließ man sich die Zeichen bezahlen.

Der Kapelle der Schutzpolizei, von der es hieß, daß sie die Musik umsonst gestellt, zahlte man den ziemlichsten Betrag von 5495.— M. Es ist geradezu gewundert worden mit den Geldern, während man heute mit den Mühsaligen knausert und sie schürzelt; wer nicht will, wird vertrieben.

Ein Vorstandsmittglied hat sich für seine Frau einen Mantel geben lassen für 3500 M., aber außerdem auch noch 700 M. Reisekosten zahlen lassen. Mit zweierlei Maß wird auch hier gemessen. Während der Arbeiter mit 50 und 75 M. abgeschrieben wurde, erhielten bessere Leute 300 und 350 M. usw. Von der letzten Häuserversammlung wurden einfach gleich 1200 M. abge-

zogen für verbrauchte Getränke und „Hilfsleistungen“. Ganz eigenmächtig verfügte man hier einfach über öffentliche Gelder. Es war dies Herr A. Liebrecht. Alle Gelder wurden durcheinandergeworfen, damit kein klares Bild sich ergibt, und nach Aussage des Schatzmeisters wurde dies absichtlich getan, damit sich kein Mensch zurechtfinden kann. Der Schatzmeister liquidierte auch noch über die Vergabe eines Zimmers bei ihm und für Beheizung den Betrag von 750 M. Aus jeder Kasse zog man Geld, so ist auch das Fräulein Schellig unter jedem Konto zu finden, einmal für geleistete Ueberstunden, das andere Mal wieder für Hilfsleistungen bei den Abstimmungsvorbereitungen usw., außerdem hatte sie aber ihr festes Gehalt, welches 600 M. betrug.

Genau solcher Art ist mit der Verteilung der schlesischen Adler getrieben worden. Alles war Protektion des ersten Vorsitzenden. Desgleichen sind Propagandagelder überwiesen worden, worüber wir auch keinen Ausschluß geben können, weil wir keine Einsicht nehmen konnten.“

Der Schatzmeister Goeß gab dann zu, daß die Buchführung nicht so war, wie sie sein mußte. Die Sache sei ihm jedoch über den Kopf gewachsen, mit Absicht sei kein Pfennig falsch gebucht worden. Herr Fojkiz, ein drittes Prüfungskommissionsmitglied, stellte dann fest, daß der ehrenamtlich tätige Schatzmeister eine Entschädigung von rund 3000 M. erhielt, außerdem war ein Mädchen 5 Monate angestellt, um die Arbeit des Schatzmeisters zu verrichten. Es sei absichtlich eine unklare Buchführung gemacht worden. 32 000 M. seien spurlos verschwunden. Der Schatzmeister habe gemeint, in der Breslauer Zentrale der vereinigten Verbände säßen die „Oberschlesier“. Wenn das richtig sei, dann säßen eben hier jetzt die „Unterschlesier“. Zwei Schreibmaschinen seien gleichfalls verschwunden. Die Verschwendung öffentlicher Gelder sei maßlos und unverantwortlich gewesen. Wenn man sich Schnellzugfahrpreise 1. Klasse, dazu ein Tagesgeld von 50 M. außerdem Gelder für Kognak, Kaffee, Drohsche und Gepäckträger zahlen ließ, so könne man gut reden von Vaterlandsliebe und von Heimatliebe. Man solle an Stelle dieser Worte lieber das Wort „Portemonnaie liebe“ setzen. Herr Fojkiz führte zum Schluß aus:

Wenn man die Belege sieht, wie die Gelder verschwendet wurden, tausende von Mark für Autofahrten und dergl. mehr oder wenn der Verein das Verfallsrecht der Orden bezahlen mußte, oder in Weinschenken Weinzeichen auf Kosten des Vereins gemacht wurden, da, meine Damen und Herren, haben wir ein ungefähres Bild von der vorzüglichen Sparamen Wirtschaft dieses 1. Vorsitzenden. Und wenn dann dieser 1. Vorsitzende von Herren aus der Breslauer Zentrale noch weiterhin des Vertrauens versichert wird, dann kann man wohl zu dem Schluß kommen, daß die Worte des Schatzmeisters, „in Breslau sitzen die Oberschlesier“ vielleicht gar nicht zu Unrecht gesprochen sind. Alle noch eingehenden Forderungen müßten direkt bei den Haaren herangezogen werden. Es müssen noch Feststellungen gemacht werden, welche Gelder in punkto Werbearbeit und Propaganda verausgast wurden.

In der Versammlung trat nun ein Kassentrollleur auf, ein alter bedächtiger Herr aus Breslau. Er meinte, daß die Kassentrollleur nicht das Recht hätten, eine Kritik zu üben, die Hauptleitung in Breslau lasse sich nichts vorschreiben. Was gesagt worden sei, sei keine Entlohnung gewesen, sondern ein Taschengeld. Es sprachen noch einige andere Herren aus Breslau. Die Versammlung artete schließlich in ein wildes Durcheinander aus. Dem Vorsitzenden gelang es in dem Tumult, einen neuen Vorstand wählen zu lassen, eine reifliche Klarstellung jedoch war nicht möglich. Die „Viegniger Volkszeitung“ bemerkte dazu, daß die Versammlung zu einer Komödie gemacht wurde, aber sie habe trotzdem ein Bild von der polnischen Wirtschaft im Verein heimattreuer Oberschlesier entworfen, „daß der ganzen großen Oberschlesierfrage einen großen Schaden zufügen dürfte“. Notwendig sei es, daß mit eiserne Besen gereinigt werde, damit die Bewegung wieder an Ansehen gewinne.

Bei den Vorgängen in den Verbänden heimattreuer Oberschlesier handelt es sich nicht um private Verhältnisse, sondern die Öffentlichkeit ist daran in höchstem Maße interessiert. Es muß daher insbesondere vom Reichstag verlangt werden, daß er sich mit diesen Dingen befaßt und nicht nur eine unparteiliche Untersuchung der Geschäftsführung vornehmen läßt, sondern dafür sorgt, daß hier der „eiserne Besen“ wirklich einmal angelegt wird.

Alles und neues Arbeitsrecht

Die soziale Versicherung, einst das Kern- und Prachstück der deutschen Sozialgesetzgebung, verliert gegenüber dem neuen Sozialrecht immer mehr an Bedeutung. Die ganze Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft ist auf das Recht der Betriebsräte und auf andere Einrichtungen der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung gerichtet, während der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung nur noch geringe Beachtung geschenkt wird. Auch Professor Dr. Kassel, einer der besten Kenner des gesamten Arbeitsrechts, macht in einem Aufsatz im „Jahrbuch des öffentlichen Rechts“ auf diese Erscheinung aufmerksam. Er stellt fest, daß das soziale Versicherungsrecht in Deutschland seit seiner Entstehung keinerlei entscheidende Änderungen erfahren habe. Das sei aber nicht auf die Güte und Bewährung der Grundlagen des Versicherungsrechts zurückzuführen, sondern es entspringe vielmehr einer gewissen Gleichgültigkeit, weiter Bevölkerungskreise gegenüber der Sozialversicherung. Diese Gleichgültigkeit sei vorwiegend dadurch entstanden, daß die Leistungen der Sozialversicherung durch die völlige Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verminderung des Geldwertes so sehr herabgesetzt worden sind, daß sie kaum noch in Betracht kommen.

Darauf ist auch der von Kassel beklagte Umstand zurückzuführen, daß an der Kodifikation des Versicherungsrechts keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen sind. Diese Veränderungen hätten zunächst einmal in der erheblichen Steigerung der Leistungen bestehen müssen, und darum war das soziale Versicherungsrecht für den Gesetzgeber in den letzten Jahren ein heißes Eisen. Kassel wünscht indes diese zeitgemäßen Veränderungen am sozialen Versicherungsrecht, damit dieser Zweig der sozialpolitischen Gesetzgebung wieder an Bedeutung gewinne, und zwar schlägt er vor, daß die Umgestaltung darin bestehen möge, daß die beherrschende Stellung der Rente verdrängt werden möge durch Sachleistungen und Schadenverhütung. Vorschläge dazu seien bereits getroffen.

Gegen eine Verbesserung des sozialen Versicherungsrechts ist natürlich nicht das mindeste einzuwenden. Sie ist sogar höchst notwendig, und wir werden in einigen Artikeln über die Invalidenversicherung, die wir demnächst veröffentlichten wollen, noch sehr eingehend nachweisen, welche Schädlichkeit die Rentenempfänger auch bei der letzten Änderung dieses Gesetzes erfahren haben. Aber die von Kassel

beobachteten Erscheinungen sind nicht die wichtigsten Gründe für die geringe Beachtung, deren sich die Sozialversicherung erfreut. Kassel schreibt:

„Die Sozialversicherung, einst das Kernstück der ganzen deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung und der Gegenstand berechtigten Stolz vor dem Ausland, sinkt, wenn die Entwicklung in der bisherigen Weise weitergeht, in den Augen des Volkes gegenüber dem sonstigen Arbeitsrecht zur Bedeutungslosigkeit herab.“

Dieses sonstige Arbeitsrecht, wie Kassel es kurz nennt, das 3. B. auf der Verordnung vom 23. Dezember 1918 und auf dem Betriebsrätegesetz beruht, ist es, was die Bedeutung der sozialen Versicherung zurückgedrängt hat. Das soziale Versicherungsrecht gibt dem Arbeiter, wenn das Glück gut ist, eine dürftige Rente in Höhe einer Almosenunterstützung. Das neue Arbeitsrecht aber bedeutet einen Zuwachs an Macht für die Arbeiterklasse und an öffentlicher Geltung für ihre Organisationen. Und diesem Gewinn, mag er sich auch erst in dürftigen Anfängen zeigen, mißt die Arbeiterschaft selbstverständlich und mit Recht einen höheren Wert zu, als der Unterstützung durch einige Groschen. Sie wird daher auch bestrebt sein, diese Seite des Arbeitsrechts vor allem in ihrem Sinne weiter zu entwickeln, und sie wird durch ihre Kraft viel weniger auf die Verbesserung eines Unterstützungswesens wenden, das sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen doch für lange Zeit nur in den dürftigsten Formen bewegen wird.

Leider ist das Bewußtsein von der Bedeutung der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung bei breiten Arbeiterschichten noch lange nicht lebendig genug. Das zeigt sich jetzt, da die Schlichtungsordnung sich ihrer Vollendung nähert und der Zeitpunkt naht, wo sie dem Reichstag zugehen wird. Obwohl die Bedeutung dieses Gesetzes und die Gefahr, die es in sich birgt, gewiß nicht übersehen werden können, scheint die Arbeiterschaft der Angelegenheit und vor allem den auffallenden Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats nur mäßiges Interesse entgegenzubringen. Es wird Zeit, daß die Gewerkschaftsleitungen hierin eine Änderung herbeiführen.

Landarbeiterstreik. Auf fünf Gütern des Kreises Greifswald ist seit Freitag ein Landarbeiterstreik im Gange. Die vor der Tür liegende Ernte ist dadurch gefährdet. Einer der Besitzer ist am Freitag abend aus dem Hinterhalt beschossen worden.

Kriegserklärung an Moskau

Der Moskauer Kongress der 3. Internationale hat an die kommunistische Arbeiterpartei das Ersuchen gerichtet, sich schnellstens der K. A. P. D. anzuschließen. Es wurde eine bestimmte Frist festgesetzt, innerhalb derer die Verschmelzung vollzogen sein muß. Weigert sich die K. A. P. D., den Anschluß zu vollziehen, dann soll sie der Moskauer Bannstrahl treffen. Sie soll in Acht und Bann getan und ihrer Rechte als „sympathisierendes Mitglied“ verlustig erklärt werden. Die K. A. P. D. hat dieses Ultimatum mit einer Kriegserklärung an Moskau beantwortet. In einem Aufruf der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ heißt es:

„Genossen! Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands selbst ist sich einig in dem Bewußtsein, daß es einer Schande gleichkäme, noch länger dieser Internationale anzugehören. Sie beantwortet das Ultimatum des 3. Weltkongresses mit der Kriegserklärung!“

Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands wird nicht müde werden, diese 3. Internationale, wie bisher von innen, namentlich von außen zu bekämpfen und zu bekämpfen. Sie wird das bis zu dem Tage tun, an dem die 3. Internationale für die proletarische Revolution sich zu den von ihr angewandten Kampfmethoden bekennt.

Die Zugehörigkeit der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur 3. Internationale ist keine Organisationsfrage. Sie ist die Frage: Reformismus oder Revolution! Der 3. Weltkongress hat sich zum Reformismus bekannt. Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands steht zur proletarischen Revolution!

Genossen! Entschidet! Wollt ihr den Reformismus, so geht mit dem 3. Weltkongress! Wollt ihr die proletarische Revolution, so geht mit uns! Entschidet! Es gibt nur diese Alternative! Zwei Feinde stehen sich in getrennten Lagern mit verschiedenen Waffen gegenüber. Entschidet, auf welcher Seite und mit welchen Waffen ihr kämpfen wollt!“

Der Aufruf erinnert unwillkürlich an die Kundgebungen, die früher von Moskau aus gegen unsere Partei geschleudert worden sind. Man könnte sich also über die tolle Kahlbalderei, die jetzt in den kommunistischen Reihen ausgebrochen ist, freuen, wenn nicht die gesamte Arbeiterbewegung durch den ewigen Zwist in Mitleidenschaft gezogen würde.

Notorische Lügner

Die anfänglich von der bayerischen Regierung zur Ausweitung des russischen Volkskommisars Krejzinski und seines Sekretärs abgegebenen Erklärungen sind sofort als unzutreffend bezeichnet worden. Inzwischen ist die Kahrregierung im bayerischen Landtag wegen der Ausweitung interpelliert worden. Dabei hat die Kahrregierung, in die Klemme gebracht, ihre frühere Stellungnahme preisgeben müssen. Was sie in der ersten Erklärung sagte, war Wort für Wort un wahr, besser gesagt: ein glatter Schwindel. Das „Berliner Tageblatt“ weist dabei auf folgenden, für den Geist der Kahrregierung äußerst bezeichnenden Widerspruch hin:

Herr Krejzinski heißt mit Vornamen Nikolai Nikolajewitsch. Er war, wie er erklärt, bis zur Revolution erblicher Edelmann. Die erste bayerische Regierungserklärung nennt ihn aber Nathan, und erst die zweite gibt ihm den russischen Vornamen wieder. Gewiß ist an dem Namen Nathan nichts Ehrenrühiges, hat er doch einer der feinsten und liebenswürdigsten Schöpfungen der deutschen Dichtung den Titel gegeben. Aber es ist immerhin bezeichnend, daß die bayerische Regierung auch noch zu antilemischen Mitteln greift um die Unwahrheit ihrer amtlichen Erklärung zu vollenden.“

Für die Öffentlichkeit ist es wieder wertvoll, einmal zu erfahren, welche Bedeutung sie den Erklärungen der Kahrregierung beimessen hat. Eine amtliche Auslassung aus München entspricht erst der Wahrheit, wenn sie mit der Ueberschrift versehen ist: Die Lügen des Herrn v. Kahr.

Von der Reichsversicherungsanstalt

Von Krejzen, die dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nachsetzen, werden über die Angestelltenversicherung Darstellungen verbreitet, zu deren Berichtigung uns der Afa-Bund folgendes mitteilt:

1. Die versicherungstechnische Bilanz der Angestelltenversicherung sollte schon vor Monaten gedruckt werden. Das ist bis heute noch nicht geschehen. Es gibt dafür nur eine Erklärung: man scheut die öffentliche Kritik. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte das Ergebnis der versicherungstechnischen Bilanz im November 1920 veröffentlichte und das Reichsarbeitsministerium dagegen am 12. Februar 1921, also nach drei Monaten, mitteilte, die versicherungstechnische Bilanz sei noch gar nicht abgeschlossen. Die den Rentenempfängern aus der Angestelltenversicherung nunmehr vom Reichstage gewährten Beihilfen sind den Sozialrentnern der Invalidenversicherung schon längst gewährt. Es ist also eine Verführung, wenn die beschlossenen Beihilfen zur Angestelltenversicherung als eine besondere Leistung hingestellt werden.

2. Alle Rechenskunststücke diskutieren die Tatsache nicht aus der Welt, daß nach den Absichten der Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz die Beiträge in der untersten Klasse das Zehnfache, in den anderen Klassen das Fünf- und Sechsfache und in den oberen Klassen das Vierfache der bisherigen Beiträge ausmachen. Die beabsichtigte Beitragserhöhung bis 98 M. monatlich fällt um so mehr ins Gewicht, da durch die Geldentwertung die verhältnismäßige Belastung der Angestellten noch größer geworden ist.

3. Wir wünschen das privatkapitalistische Prinzip des Prämiendurchschnittsverfahrens abgelöst zu sehen durch das Prinzip einer ausreichenden sozialen Fürsorge. Das erstere bedingt hohe Beiträge, niedrigere Leistungen und dagegen die Ansammlung eines Milliardenvermögens. Wenn das Reichsarbeitsministerium den Angestellten die Ansammlung eines solchen Milliardenvermögens damit schmachtlich machen will, indem es durch die Presse verkündet, daß das Geld den Gemeinden zu industriellen Zwecken (Wasserleitungen, Entwässerungen usw.) geliehen und in Hypotheken angelegt wird, so bestrebt es sich, kein Verständnis, da im allgemeinen aus Wasserleitungsrohren keine Renten fließen.

4. Wir wissen, daß die Anhänger der Sonderversicherung über die Bestrebungen des Direktoriums wie des Reichsarbeitsministeriums laufend sehr gut unterrichtet waren. Dagegen ist es nicht wahr, daß auch die freigeberischen Angestelltenorganisationen immer von ihm unterrichtet worden sind. Das Reichsarbeitsministerium hat uns vielmehr noch unter dem 11. April mitgeteilt, daß auch den Organisationen des Afa-Bundes beim Herausbringen des Gesetzentwurfes vorher zur Stellungnahme Gelegenheit gegeben werden sollte. Das ist nicht geschehen, der Entwurf ist vielmehr unter Umgehung des Reichswirtschaftsrates nach Beratschlagung durch den Reichsrat sofort dem Reichstage zugegangen.

5. Die Behauptungen, der Widerstand des Afa-Bundes gegen die Novelle sei von parteipolitischen Rücksichten diktiert gewesen, ist schon deshalb hinlänglich, weil der Vertragungsantrag interfraktionell vom dem Zentrum, der Deutsch-Demokratischen Partei und den beiden sozialistischen Parteien gemeinsam gestellt und von allen Parteien des Reichstages angenommen wurde.

Zeitungsverbot im besetzten Gebiet. Die „Berlisch-Märkische Zeitung“ wurde vom französischen Oberkommando in Düsseldorf zum 15. Oktober verboten.

Aus der Wirtschaft

Die deutsche Ausfuhr eine Qualitätsfrage

In Nr. 148 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ befindet sich ein längerer Aufsatz in dem ausgeführt wird, der deutsche Wettbewerb im Ausland hängt davon ab, daß die mit ausländischen Firmen abgeschlossenen Aufträge pünktlich, zu den vereinbarten Preisen und durch Lieferung guter Waren ausgeführt werden. Der Verfasser führt aus, namentlich aus Südamerika kämen Klagen, daß deutsche Firmen hinterher höhere Preise als vereinbart herauszuschlagen versuchten und auch schlechte Qualitäten lieferten. Der Rückgang in der Qualität der deutschen Waren erklärte sich daraus, daß in Deutschland während des Krieges der Privatverbraucher gezwungen war, zu nehmen, was man ihm bot, und zwar in einer Qualität und zu Preisen, die vom Produzenten oder Händler willkürlich bestimmt wurden. Das Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer hatte sich gänzlich umgedreht: während vor dem Kriege der letzte dem ersten nachgegeben war, sah er jetzt auf einem Throne, dessen Stufen sich der Käufer nur demütig nähern durfte.“

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ ist ein Blatt der rückständigsten Bergwerksleute; der Verfasser ihres Lieferungsaufrags, den kürzlich eine deutsche Firma nach Japan erhalten hatte und führt fort:

„In der ausführenden Fabrik hatte man sich in den Kriegsjahren so daran gewöhnt, daß der inländische Besteller jede Lieferung abnahm und für die Lieferung noch zufällig dankte, daß man dieses Geschäftsgebahren nun auch auf den Verkauf mit dem Auslande übertrug. In Japan war man jedoch keineswegs gesonnen, die Fuscharbeit abzunehmen. Da war vieles ungenau, manches geradezu Niederlich gearbeitet. Der Betriebsrat hatte nichts dagegen eingewendet, obwohl die Arbeiter meinten, daß sie ungenau und schlechte Arbeit lieferten, ging die Sendung ab. Schuld an der Lieferung der Fuscharbeit ins Ausland tragen mithin sowohl die Exporteure wie die Betriebs-

leitungen und die Arbeiter. Keine dieser drei Instanzen sollte in der Gewissenhaftigkeit nachlassen; verlagen sie alle zusammen, so geht eben schlechte Ware ins Ausland, und wir verlieren den dortigen Absatzmarkt.“

Es fällt auf, daß in diesem Scharfmacherblatt die Betriebsräte für die Qualität der erzeugten Produkte mitverantwortlich gemacht werden. Da indes die Unternehmer gerade in dieser Beziehung kein Mitwirkungsrecht der Betriebsräte dulden wollen, können sie auch die Schuld dafür, daß aus Gewinnhucht schlechte Materialien verwendet und demzufolge schlechte Arbeit geleistet wird, nicht den Betriebsräten in die Schuhe schieben.

Wohin mit dem Segen?

Die Maschinenbau-A. G. vorm. Sed u. Henkel in Kasse! hat im Geschäftsjahre 1920-21 einen Nettogewinn von 4 442 108 Mark erzielt. Da das Aktienkapital 3 000 000 Mark beträgt, hätten fast 150 Prozent Dividende verteilt werden können. Man hat jedoch zunächst den Aufsichtsrat mit einer Tantieme von 389 550 Mark versehen, dem Vorstände ansehnliche Zuwendungen gemacht, und eine Dividende von 25 Prozent an die Aktionäre ausgemessen.

Der Aufsichtsrat besteht gewöhnlich aus etwa 6 bis 8 Mitgliedern. Es erhält also jedes Aufsichtsratsmitglied für seine aufreibende Tätigkeit (die hauptsächlich aus der Teilnahme an zwei bis drei Sitzungen im Laufe des Jahres besteht, deren Kosten vom Unternehmen vergütet werden, und war nicht zu knapp) einen Betrag von vielleicht 50 000 bis 60 000 Mark außer der ihm als Aktionär zustehenden Dividende.

Dann blieben aber immer noch 2 100 000 Mark Ueberschuß übrig! Was tun? Glücklicherweise besann man sich, daß ein durchgreifender Umbau der Fabrik sich nicht länger hinausschieben läßt. Nimmt man dazu den Ueberschuß? Nein! Zum Zwecke des Fabrikumbaus erhöht man das Aktienkapital um weitere 2 800 000 Mark. Darauf zahlen die bisherigen Aktionäre 700 000 Mark (die sie eben als 25 Prozent Dividende bekommen haben) ein. Die fehlenden 2 100 000

Mark Aktienkapital werden durch den noch zu verteilenden Ueberschuß gedeckt, so daß die Aktionäre, die ja den vollen Nennwert der Aktien ausgehändigt erhalten, in Wirklichkeit 100 Prozent Dividende für das Geschäftsjahr 1920-21 bekommen haben.

Nach außen — und insbesondere der Steuerbehörde gegenüber — erscheint es so, als ob die Firma nur 25 Prozent Dividende verteilt habe und in solchen finanziellen Schwierigkeiten sei, daß sie ihr Aktienkapital erhöhen müsse. In Wirklichkeit ist die Kapitalerhöhung nur ein Mittel, um zu betonen, daß an die Aktionäre 100 Prozent Dividende verteilt worden sind.

Auf das erhöhte Aktienkapital (auf das die Aktionäre also außer ihrer diesjährigen Dividende von 25 Prozent überhaupt nichts einzahlen) bekommen sie vom Beginn des Geschäftsjahrs 1921-22 ebenso eine Dividende wie auf das bisherige Aktienkapital. Im nächsten Jahre erscheint also durch die „Kapitalverwässerung“ die Dividende prozentual noch geringer, als sie tatsächlich ist.

Die nosleidende Kaliindustrie

Die Kaliwerke haben vor einigen Wochen die Genehmigung einer Kalipreiserhöhung bei der Regierung durchgereicht und die Lohnansprüche der Angestellten teilweise mit dem Hinweis abgewiesen, sie hätten mit großen Verlusten abgeschlossen. Die „Frankfurter Zeitung“ zeigt nun in Nr. 474 an einem Beispiele, wie solche „Verluste“ der Deffektivität gegenüber künstlich gemacht werden. Sie weist nämlich darauf hin, daß z. B. die Kaliwerkstatt Immendorf eine Unterbilanz von anderthalb Millionen Mark im abgelaufenen Geschäftsjahre nur deswegen herausrechnen konnte, weil sie vor Ablauf des Geschäftsjahres einen Gewinn von dreiviertel Millionen Mark verteilt hat. Es verbleibt also nur ein Verlust von dreiviertel Millionen Mark, der sich bei näherem Zusehen vielleicht auch noch als mit Rücksicht auf den Steuererheber künstlich erzeugt herausstellen würde.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhle
Sommerbühne
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Vetsch u. Vermutter
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Hautschellen kriegt
Großes Schauspielhaus
8 Uhr: Die Weber (Näher Abonnement)
Berliner Theater:
Heute zum 100 Male:
DAS MILLIARDEN SOUPER
Theater L. 2.
Königgrätzer Str.:
Wochenspieler: Oskar Schlemmer
7.30 Uhr: Die
Mittwoch: Der Wissenschaftler
Wohn.: Die Kreuzschreiber
Komödienhaus:
Abendstück 7.30 Uhr:
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann u. G.,
Josefine Dora u. Einarth,
G. H., Anouka der Droschke,
Jia Harion, Georg Balfert,
Kurt Balch, Julius Ross.
Niebsing-Theater
7 1/2 Uhr: Max Adalbert in
1919 - Ab dafür
Strand-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Casinosohn
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper
Alt-Heidelberg
Theater
am Rollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Dornowohy
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Kantante, Götze)
Deutsch. Künigl.-Theater
7 1/2 Uhr: Geständnis
(Koch, Koch, Otto)
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Schmiedungsreihe
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Der arme Millionär
Wallner-Theater
Wallnerbühnenstraße 35
7 1/2, 10 Uhr:
Der Andreigen
7 1/2, 10 Uhr:
Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich 10 Uhr:
Tip-Tip-Nurral
oder
Der Sport-Schieml
mit Wilhelm Garstelm
Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4 1/2, 10 Uhr:
11 Varieté 11
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten
Theater am Rollendorfsplatz
Elite-Sänger.
Vom 18.-21. Juli:
Umspiel 4. Original:
Leipziger
Felix-Weber-
Sänger.
Täglich 7 1/2, 10 Uhr:
Vvt. 11-14 u. 4-6 Uhr
WETKOPO
Behrenstraße 64.
7 1/2, 10 Uhr:
Gesellschaft: Kurtzeit:
Johannes Altmann und
Dora Schiller in
Cocain (Seltkübel)
und 9 weitere Attraktionen

Im Berliner Theater, heute, Dienstag:
Das
100. Milliarden-Souper
Male: Hauptdarsteller: Ralph Arthur Roberts, Uschi Elleet, Lea Seidl, Herbert Kiper, Paul Rehkopf, Paul Pruegel

Kupfer

Messing, Zinn, Quecksilber,
Platin, Gold, Silber
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Wiederbehalter! Richtigen für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Reihm: „Der Silbermarkt“ (7,30 Mk.) Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Billige Lebensmittel

in 150 Verteilungsstellen / / Geschäftszeit 8-1 u. 4-7 Uhr

Harzer Käse	Pfd. Mk. 5 ⁰⁰
Spitz- oder Stangenkäse	Pfd. Mk. 5 ⁰⁰
Tilsiter Käse, fett	Pfd. Mk. 10 ⁰⁰
Dän. Gouda-Käse, fett	Pfd. Mk. 12 ⁰⁰
Edamer Käse	Pfd. Mk. 20 ⁰⁰
Schweizer Käse	Pfd. Mk. 20 ⁰⁰
Dän. Steppen-Käse	Pfd. Mk. 20 ⁰⁰
Roquefort-Käse	Pfd. Mk. 32 ⁰⁰

Margarine mit Buttergeschmack
pro Pfund 12⁰⁰ 9⁰⁰ 7⁰⁰

Makkaroni „GED“ aus bestem Auslandsmehl	Pfd. Mk. 8 ⁰⁰
Nudeln „Spätzle“	Pfd. Mk. 5 ⁰⁰
Prima Tafelreis	Pfd. Mk. 3 ²⁵
Himbeersaft mit 65% Zucker eingekocht	Pfd. Mk. 12 ⁰⁰
Kirschsaft	1/2-Fl. 15 ⁰⁰ 1/4-Fl. 8 ⁰⁰
Seiter u. Brausen in bekannter Güte aus eigener Fabrik	
Apfelwein inkl. Steuer und Flasche	1/2-Fl. Mk. 4 ⁹⁰
In Gerstenkaffee	pr. Pfd. Mk. 3 ⁷⁰
In Malzkaffee	pr. Pfd. Mk. 6 ⁰⁰
Kaffeemischung mit Bohnenkaffee	pr. Pfd. Mk. 4 ³⁰

Schokoladen Kakao Kaffee Tee
Billigst in besten Qualitäten

Konsum-Genossenschaft
Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

Selbst-Hilfe

Der kleine Samariter

Wendet zur Selbsthilfe bei leichteren Krankheits- und Altersbeschwerden an! Ein Heilmittel für die Erhaltung des Wohlbefindens bei schweren Krankheiten

Die Wirkung:
Entlastung, Erleichterung einer Hausapotheke
Preis 1,50 Mk.

Behörden
Schulen
Krankenhäuser
Fabriken
Organisationen
besog. bereits große Portien
Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G2, Breite Str. 8-9

Spezial-Arzt
Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 60-70
für alle Geschlechts-, Haut-, Nerven-, Frauenleiden, Syphilis, Gonorrhoe, Keim-, Blasen-, Prostataerkrankungen, Damen leparat. 10-1, 2-7.

Münzen
Sammlungen
kauft Gold, Silber,
Währungsstücke. 4847

Münzen
Gehaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Piniestr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 21. Juli 1921, abends 5 1/2 Uhr
Berksammlung
der Vertrauensleute und Betriebsräte
der Metallarbeiter und Polierer
Groß-Berlins
im Gewerkschaftshaus, Angerstr. 15.

Wie richten nochmals die Mahnung an die Kollegen, zu dieser Konferenz die Druckerei zur Reichskonferenz mitzubringen. Desgleichen machen wir auf den am Sonntag, den 22. Juli 1921, stattfindenden Empfangsabend der Delegierten der Reichskonferenz im Gewerkschaftshaus aufmerksam.

Wie bitten, uns mitzuteilen, wieviel Kollegen aus den Betrieben an dem Empfangsabend teilnehmen. — Der Eintritt ist frei.

Donnerstag, den 21. Juli 1921, abends 6 1/2 Uhr
Branchen-Bersammlung
der Maschinen-, Auto- und Reparaturarbeiter
in den Maschinen-Gewerken, Kottbus-Str. 21.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Konferenz der Lohnkommissionen.
2. Vortrag über Aufgaben der Gewerkschaften und der Verbände in Jena.
3. Verlesenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Mittwoch, den 20. Juli 1921, abends 5 1/2 Uhr
Branchen-Bersammlung
der Schnitтары
in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weidenstr. 14.

Tagesordnung:
1. Unsere nächsten Aufgaben.
2. Besprechungsgegenstände und Beschlüsse.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 21. Juli 1921, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angerstr. 15 (Weber Saal)
Gemeinsame Bersammlung
der Klempner, Rohrleger und Helfer

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Verbandstag in Jena.
2. Verbands- und Besprechungsgegenstände.
3. Verlesenes.

Die Vertrauensleute beider Branchen treffen sich um 5 1/2 Uhr im Saal 1.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

LUNA-PARK

Heute Volkstag
Eintritt 2.— / Kinder 1.—
Groß-Konzert
Höhen-u. Wasser-Feuerwerk
John Hagenbeck's
Raubtier- und Südenschau

Spezial-Behandlung

der Geschlechtskrankheiten
bei Männern u. Frauen schnell, schmerzlos, unangenehmlos
Hollnast G. Weissert, Brunnenstraße 101
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10-12 u. 4-7, Sonntags 10-12. Unangenehm kostenlos.

Alle Metalle Preisverhöhung!
Stahl! Weichmetalle! Zinn! Kupfer!
Dringung für Spezialbedarf!
Spezial-Notungsfabrik!
Platt! — Aluminium!
Stahl! — Stanzblech!
Gehäuse! — bis
kauft in Tagespartien:
Gebmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31.

Silber, Kunstblätter, Wand-
schmuck mit und ohne Rahmen
kauft man in der Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Straße 8-9

Ein Buch für Eltern und Lehrer!

Schulfaserne oder Gemeinschaftsschule

Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamizus
Zweite Auflage von „Die Faserne in der“. Ein neuer Weg zur überwinden unserer Völkerei

Das Buch zeigt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frühe Lebensstufe der Jugend sein, sie wird aus dem zeitigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervorzugehen, und das Buch will ein Stück dieses Weges helfen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Vollen ein Führer

Preis nur 10.— Mark
Gebunden 15.— Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Expeditionen oder direkt von der
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Berlin G2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannstr. 4
Zugang u. d. Reichsbank (Nr. 106) Norden 10621

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Über den **Kapitän-Kautabak** einmal
verlesen hat, wird wegen seines eigenartigen feinen Geschmacks
sich ein neuer Kunde bilden. Man bestimme überall echten
Kapitän-Kautabak in den Geschäften:
G. Röhler, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Ruh. 2881).

Wo gibts die billigsten Seifen
bei Seifenschneller,
Pücklerstraße 44.

Groß-Berlin

Die kollegiale Schulverfassung

Einige Berliner Schulen sind jetzt der erfreuliche Versuch gemacht, die kollegiale Schulverfassung einzuführen.

Wenn man die Schule einen Staat im Kleinen nennen darf, so kann man sagen, daß in ihr bisher das monarchische Prinzip herrschte, und zwar nicht nur in den einzelnen Anstalten, sondern auch bei den Zentral- und Provinzialbehörden.

Über auch bei den Provinzialbehörden stand es nicht anders, obwohl sie dem Einzelnen naturgemäß näher standen.

All das hätte die an sich schon große Machtstellung der Schulleiter und ihre Neigung, über die Köpfe des Kollegiums hinweg zu bestimmen.

sehen, wenn sie sich ihm gegenüber nicht unbefangen geben oder gar sich verstellen? Ebenso wenig kann er zur Berufszeit ein richtigeres Bild von einer Klasse haben als der Klassenlehrer.

Solche Herrscher lassen aber ihre Untergebenen ihre Macht durch tausend Maßnahmen, im günstigen wie im ungünstigen Sinne, fühlen.

Wenn man der Demokratie im allgemeinen den Vorwurf macht, daß sie einer unerkennbaren Masse zu ihrem eigenen Schaden eine zu große Macht einräume, so ist das bei uns am wenigsten zu fürchten.

Zur Beachtung für Krankentosen!

Der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands ersucht uns um den Abdruck nachfolgender Zuschrift:

Aus dem Pflegeheim Burg-Dabern bei Wittstock a. D. habe ich geschrieben, daß die Verpflegung dort zur Kur befindlichen Lungenkranken viel zu wünschen übrig läßt.

Eigentümer dieses Pflegeheims ist der Brandenburgische Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose, Berlin.

Wir ersuchen alle Krankentosen und Versicherungsanstalten, welche dort ihre Mitglieder zur Kur hinsenden, doch einmal einen Beamten zur Inspektion nach Burg-Dabern entsenden zu wollen.

wie es im Interesse des Kranken und der Krankenkasse notwendig ist. Zu diesem Zwecke ist es aber notwendig, daß der betretende Beamte mit den Patienten und Patientinnen zuerst allein Rücksprache nimmt.

Da wir als Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken die Angelegenheit von hier nicht prüfen können und die in Betracht kommenden Krankentosen auch nicht alle kennen, so haben wir aus diesem Grunde diesen Weg des öffentlichen Auftrufs beschritten.

Ausstellung für Wärmewirtschaft

In München findet zurzeit eine von der Bayerischen Landes-Lebentstelle veranstaltete Lehrausstellung für Wärmewirtschaft statt.

In Berlin wird die Ausstellung im nördlichen Flügel des Charlottenburger Schlosses in der Zeit von Mitte August bis Ende September gezeigt werden.

Die Ausstellung gewinnt besonders dadurch an Wert für den Laien, daß die ausgestellten Gegenstände durch geschulte, im Zusammenhang mit den Hausfrauenorganisationen angestellte weibliche Kräfte den Besuchern der Ausstellung täglich praktisch vorgeführt werden.

Für größere Gruppen von Besuchern werden besondere Führungen eingerichtet. Frühzeitige, schriftliche Anmeldung bei der Hauptstelle für Wärmewirtschaft, Abt. „Ausstellung“, Berlin NW 7, Sommerstr. 4 a, ist erwünscht.

Erwerbslosenfürsorge im Mai

Die Zahl der Berliner Erwerbslosen hat sich im Laufe des Monats Mai etwas verringert. Während am Ende des Vormonats rund 72 500 Erwerbslose unterstellt wurden, fiel die Zahl im Laufe dieses Monats auf rund 69 100.

Die Zahl der Zuschlagsberechtigten betrug rund 58 470. Seit Juni 1920 und länger waren ausgangs Mai noch 4720 Mütter und 1246 Weibliche erwerbslos.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Kochbuch erhalten.)

„Peter, Peter!“ tönte es ganz in der Nähe, aber im nächsten Augenblick ist Peter schon im Heu der Scheune, und als Alwine, die Auferst, um die Ecke kam, rührte sich auch kein Halmchen mehr an dem großen Stoß.

Hannes schaute sie geistesabwesend, wie aus tiefem Sinnen aufgeschreckt, an. „Wer? Was?“

Wenn er jemand nicht leiden konnte, so war es Alwine, und wenn Peter ein Mörder gewesen wäre, ihr hätte er ihn ganz gewiß nicht ausgeliefert. Es war eine alte Angewohnheit von ihm, alle Kinder des Hauses, die er ja seit ihrer Geburt kannte, mit zu anzureden, während der Runo nur der „Sie“ sprach.

„Sag mir du zu den Kindern, du hast sie herumgeschleppt, du hast dich um sie gesorgt, du magst getrost du sagen.“

„Sie wenn?“ aber nit, Madamm,“ pflegte er regelmäßig zu erwidern, und pfiffig lachend sagte er bei: „Ich tu's aber doch.“

„So erwiderte er jetzt auf Alwinens heftige Reden nur: „Ei guä halt, ich hab'n nit g'fih'n!“

„Der Lehrer ist da.“

„Do werd er glei springe!“

„Ja, du! Du reißt immer mit ihm unter einer Decke, du eßter Billa! Du bist derselbe Heilmüder und Schleicher wie Peter! Vertusch nur immer, was der getan hat. Da fannst du was erleben! Der ist der Rechte, der tritt dir schon noch eins in den Bauch!“

Und in hellem Zorn, vor Wichtigkeit schwänzelnd, tief sie davon.

Peter kroch mit Vorsicht aus dem Heuhaufen. „Is se fort?“

Hannes hand unwirsch auf.

„Was hast du?“ rief Peter ängstlich. Warum sagst du nichts? Geh doch nicht fort! Bin ich so schlecht?“

„Nun bleib Hannes stehen. Grimmig und traurig zugleich sah er aus: „Du saachst selber, daß de schlecht bist. Ich übernehme kein Verantwortung mehr for dich, ich leg mei Verantwortung nieder. An ich hab gemeint: Des gibt Gen. An en Annere, wie der, wu in Speyer hodt! Geh zum Runo, do palcht du jetzt hin! Sing Psalme mit'm und wer e Rügner“

*) wollen.

un Dieb — der kann dr's noch besser lerne. An dein Mamme? Hocht du nit dran gedent? Die sikt vielleicht drewe un greint sich die Lage aus! Und hat alli Freed vertore am Leme un an dir! Trausch du dich deiner Mamme noch unner die Lage zu trete? Wie gesaht, geh du zum Runo, mir sin geschiedene Leit!“

Der blieb eine Zeitlang wie versteinert stehen. So schlimm war's? Hatte denn jemand je den Hannes so lange Reden tun hören? So arg war's? Peter wollte den alten Knecht noch zurückrufen, ihm nachschreien, es tat so weh, was er gesagt, er war keis nur gut gegen ihn gewesen bei aller Vorsichtigkeit. — Und er sollte nicht so von ihm denken, er konnte es nicht ertragen, daß er so von ihm dachte! —

Nun, mochte er! Peter wurde plötzlich trohig, seine Augen begannen klein und böse zu werden, seine Stirne zog sich in Falten, einen schenen Blick warf er noch nach den Fenstern seiner Mutter, duckte sich dann unter die Sträucher, schlich sich an den großen Bäumen hin, die den Garten begrenzen, krieg über den Zaun und lief weiter den Hügel entlang, der vom Haus allmählich ansteigen begann, und den der Vater mit kleinen Waldbäumen besetzt hatte.

Das war seine Heimat gewesen. Mit ihm war's aus. Wie konnte er der Mutter je wieder unter die Augen treten? Er war gemein, er hatte gestohlen.

Und jetzt war der Lehrer da. Was der wohl alles vorgebracht! Und wenn sie Gretchen fragten, und wenn Heinrich schrieb oder kam, dann wurde alles offenbar. Nein, für ihn gab's nichts anderes, er mußte fort, weit fort, heute noch. Kehrete er zurück, so wurde er geschlagen, und er ließ sich nicht mehr vom Vater schlagen; nein, er wußte, daß es in Hof geschehen würde.

Von der Mutter, oh, das würde etwas anderes sein! Da würde er keinen Laut von sich geben! Wenn sie ihn nur geschlagen hätte. Alle Schmach wäre damit fort, alles ausgelöscht. Ah, er sehnte sich förmlich nach dieser Züchtigung. Es wäre so schön gewesen, sich nicht mehr ängstigen, sich keine Vorwürfe mehr machen zu müssen! — Wenn er jetzt hinunterging, würden sie ihn behandeln wie einen räudigen Hund. Niemand würde auch nur einen Finger für ihn rühren, nur die Mutter —!

And niedergedrückt von seinem großen Leid, das ihm so unheimlich groß erscheinen mochte, daß er es fast nicht weiter zu tragen vermochte, warf er sich ins Gras und schluchzte unaufhörlich. Der Gedanke an seine Mutter kam ihm immer wieder, das Bangen um sie, die Reue, sie nicht aufgesucht, nicht offen mit ihr gewesen zu sein — so mußte er nun von ihr gehen! Jetzt war alles zu spät!

Und er weinte über das Nichtwiedersehen, über ihren Kummer, über sich, über alles, was so dunkel und verworren in ihm war, und er weinte aus Angst vor all den Bildern, die schreckhaft vor ihm auftauchten.

Er sah sich umhertrotzen und hungrig fremde Menschen ansehen — das Mitleid mit sich selber wurde immer stärker, so daß er immer tiefer ins Schluchzen hineinkam. Da lag er heroischen armfellig und verlassen, und drunten schweigten sie, und triumphierten mit dem wüthen Kerl, dem Lehrer, daß sie recht gehabt, daß er ein Lump sei!

Das war ein anderer Tag gewesen, als er stolz da oben gestanden und über Wiesen und Felder herabgesehen und sich als den Herrn gefühlt hatte. Besitz haben! Macht haben! Fürst sein!

Wie ein Triumphator war er nach Haus gekommen, und sein Vater hatte ihn mit Freunden begrüßt, wie wenn er geahnt, was in ihm vorgegangen — wie wenn er es ahnete, schämte! — Jetzt würde ihm der Vater stutzen, er würde rasen und toben und die Mutter — —

Peter verhielt sich die Ohren vor ohnmächtiger schmerzlicher Wut und schrie laut hinaus.

Währenddem sah der Lehrer von Brettenbach im Salon des Felsenbrunner Hofes. Alwine hatte ihm heute Louis quatorze „perfelt“, um ihm den richtigen Begriff von der Bornehmtheit des Hauses zu geben. Er sah denn auch etwas beengt auf der äußersten Kante des vergoldeten Stuhles und drehte seinen graugelben verschossenen Hut in den großen und knochigen Händen hin und her.

Wie er so gegen das Fenster saß, erschien er ziemlich jung und nicht so groß, wie er war, wenn er sich unbeholfen erhob. Sein Haar von unbestimmter Farbe stand in einem Schopf über der Stirn; die Ohren, rot und sehr dünn, so kleine, daß das Licht durchschien, strebten vom Kopf ab.

Wie er seine Größe war die Nase etwas winzig ausgefallen, dafür besaß sie ausgiebige Nasenlöcher, was das erste war, das Peter seinerzeit mißlieblich an ihm bemerkte. Denn diese Nasenlöcher gingen im Augenblicke des Affektes auf und zu, wie wenn sie regulierbare Klappen geworden wären. Sein langer magerer Hals, der Peter stets an eine Meerrettichstange erinnerte hatte, war durch einen ungewöhnlich großen Adamsapfel ausgezeichnet. (Forschung folgt)

Gewerkschaftliches

Beamtenelend, Titelfegen und monarchistischer Kurs ohne Ende

Anstere diversen Veröffentlichungen zu obigem Thema brachten uns viele Zuschriften, in denen nicht nur unsere Kritik und Stellungnahme gutgeheißen wurde, sondern uns auch weiteres Material zur Verfügung gestellt wurde. Aus allen Mitteilungen geht hervor, daß die diversen Beamtenvereine die unteren Angestellten — Diätare — wohl ganz gern als zahlende Mitglieder mit den gleichen Mitgliedsbeiträgen wie die oberen Angestellten aufnehmen, aber in erster Linie bemühen sich diese Vereine Titel und Vorteile für die obere Angestelltenklasse herauszuholen, ohne daß man sich lo recht der Standardlohnentlohnent annimmt. Wie den Diätaren bei der Post, geht es ihnen auch ähnlich bei der Gemeinde Berlin. In Fülle wurden Direktorenstellen, Inspektoren, Oberstabssekretäre und gehobene Sekretärstellen geschaffen. Kraß in Erscheinung tritt dieses Titelnutzen insbesondere im 14. Verwaltungsbezirk — Neukölln. „Die sogenannte Beamten-gewerkschaft“ hat es bisher verstanden, alle Bestrebungen auf bessere Besoldung, Abkürzung der Beurlaubungszeit, erleichterte Prüfungsbedingungen usw. abzuwälzen.“ Die maßgebenden Funktionärsposten sind fast durchweg mit Vorgeordneten besetzt, die unteren

Jeder Metallarbeiter

der die Schlagkraft seiner Organisation erhöhen und die Geschlossenheit bewahren will, wählt zum Verbandstag die Delegierten der

Liste A

beginnend mit dem Namen Karl Albrecht

Gruppen sind nur, der Natur der Sache nach, „mitausenderweise“ vertreten. Die bewilligte Leertungszulage hat die Kluft zwischen den Bezügen höherer Gruppen und denen der niedrig Angestellten immens vergrößert. Den Löwenanteil tragen natürlich die oberen Gruppen davon. In der betreffenden Zuschrift wird unter anderem verlangt, die Ueberführung der Diätare in die Sekretärgruppe. Außerdem wird uns mitgeteilt, daß „von der Beamten-gewerkschaft nichts zu hoffen“ ist und nur der Anschluß an eine freigewerkschaftliche Organisation der einzig gangbare Weg zu sein scheint.

Im Bereich der Eisenbahnverwaltung macht sich wieder ein monarchistischer Kurs stark bemerkbar und ähnlich wie das Landwirtschaftsministerium gegenüber den Forst-angestellten den Nachweis verlangt, daß die Förster eine militärische Dienstzeit absolviert haben — wie wir kürzlich mitteilten —, so werden hier alte Bestimmungen aufrechterhalten, die den Besitzern eines E. K. 1 (Eisernes Kreuz 1. Klasse) die berufliche Laufbahn erleichtern. — Der betreffende Erlass des damaligen Ministers der öffentlichen Arbeiten, von Breitenbach, vom 1. Dezember 1916 (Nr. IV 42 137 382), der für die Eisenbahnverwaltung bestimmt wurde, ist heute noch nicht beseitigt, und Anfang Mai 1919 leistete sich das Eisenbahnministerium die Ungehörlichkeit, diesen Erlass den Direktionen in Erinnerung zu bringen und forderte zugleich diesbezügliche Beschlüsse von Bediensteten. Die Beamtenorganisationen sämtlicher Richtungen protestierten einmütig gegen diese Maßregel und wiesen auf die oftmals geradezu skandalöse Verletzung von Kriegsauszeichnungen hin. Trotzdem von allen Seiten Sturm gegen diesen Erlass gelaufen wurde, hat das Ministerium es für notwendig gefunden, diesen Erlass aufrecht zu erhalten. Am 29. Juni d. J. fand im Reichsverkehrsministerium eine neuerliche Besprechung statt, in der wiederum die Zurückziehung dieses Erlasses gefordert wurde. Bei dieser Besprechung erklärte die „Christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten“, daß sie auf christlicher und nationaler Grundlage stehen und diesen infamierenden Erlass gutheißen. . . . Der Erfolg der Besprechungen war, daß das Ministerium erklärte, daß die Angelegenheit nach zwei Monaten eine neuerliche Prüfung zu unterziehen sei. Dieser Stundlauf, der sich in diversen Ministerien breitmacht, dürfte unseren Genossen in den Parlamenten Gelegenheit geben, darauf zu dringen, daß er mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird. Trägt er doch dazu bei, desolate unterwürfige Existenz zu fördern, und die große Masse der Angestellten zu knebeln.

Ein weiteres interessantes Schriftstück ist uns aus dem Bereiche der Oberpostdirektion zugegangen. Vor uns liegt ein sechsseitiger Aussug einer Lage- und Schreiber-Illustriation Verfügung, die zum Inhalt hat, wie die Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft sukzessive entlassen werden soll. Die Verfügung kommt aus Dresden-A. vom 22. Januar 1921 von der Oberpostdirektion VI 18, und macht auf die Anordnungen aufmerksam, das Personal „nach Möglichkeit einzuschränken“. Es wird darauf hingewiesen, daß die höheren Orts gegebenen Anweisungen „keinen großen Erfolg gehabt“ hätte. Es wird die „große Arbeitsmühsamkeit“ festgestellt, von der „ein erheblicher Teil der Beamtenschaft befallen“ ist. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die „Leistungen und der Diensteifer der unteren Beamten wesentlich gesteigert werden könne“, und daß der Vorkursauschuss des hiesigen Beamtenbezirksauschusses gegen das Verfahren der OVP. Kenntnis erhielt und keine Einwendungen machte. —

Das in Frage kommende Personal wird ja wissen, wie solche Bestimmungen zustande kommen. Inzwischen steigt das Elend, insbesondere der Diätare, immer mehr, und die letzte Verklammerung, die am Freitag in der „Neuen Welt“ tagte, legte dafür beides Zeugnis ab. Unser Genosse F a c h e r i, der dort das Wort nahm, trat nicht nur für die sofortige Hebung der Diätare ein, machte aber zugleich aufmerksam auf die große Zahl der Unorganisierten. Angesichts dieser ganzen Verhältnisse ist folgendes zu beachten: Es heißt fest, daß jede sogenannte Beamten-gewerkschaft keine Gewerkschaften sind, und daß es notwendig ist — wie wir bereits öfters hinwiesen —, sich den zuständigen freigewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, und zwar bis zum letzten Mann. Dann wird es nicht nur möglich sein, diesen ganzen monarchistischen Spul aus den staatlichen Amtskassen restlos zu beseitigen, sondern auch durch einmütiges Zusammenstehen die soziale Lage zu heben. Den reaktionären Ministerien wird nur eine starke und geschlossene Einheitsorgani-sation Respekt abnötigen. Den oberen Beamten wäre aber auch zu sagen, daß ihr teilweise unsoziales und unolidarisches Verhalten den unteren Angestellten gegenüber auf die Dauer unhaltbar ist und sie selbst ökonomisch bedroht. Das sind die Konsequenzen, die sich mit Naturnotwendigkeit von selbst ergeben, und danach zu handeln muß zunächst Aufgabe aller derjenigen sein, die dies erkannt haben.

Zum Streik der Kontobucharbeiterschaft

Die Front der Streikenden ist fest. Es ist niemand zum Streikbrecher geworden. Die Arbeitgeber mögen sich Kosten und Mühe sparen. Die Arbeiterschaft steht geschlossen zusammen und hält aus in der Erlämpfung ihrer sehr minimalen und nur zu gerechten Forderungen.

Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industriellen, Dr. Feldgen, welcher zeigen muß, daß er für sein Gehalt auch etwas zu leisten vermag, veröffentlicht in den neuesten „Api-Mitteilungen“ einen sehr merkwürdigen Streikbericht. Entgegen der Wahrheit wird hierin bestritten oder verschwiegen, je nachdem es ihm paßt, daß in diesen

Orien Deutschlands die Kollegenschaft Lohn-erhöhungen erzielte. Ohne Strupel wird hier der Wahrheit gegenüber behauptet, daß der Streik bald zusammenbrechen dürfte. Daß dies der Wunsch der Unternehmer ist, können wir sehr wohl begreifen. Die Streikenden lassen sich durch die Worte der Unternehmer, wie „Berliner Radikalinstas“, nicht irreführen und das Vertrauen zu sich selber und der Streikleitung nicht nehmen.

Die Arbeitgeber leisten sich in den „Api-Mitteilungen“ falsche Berichte und lassen diese zur Einschüchterung noch per Post jedem Streikenden ins Haus. Ebenso wird versucht, die Gewerkschaftsfunktionäre zu verunglimpfen. Interessant ist die Mitteilung eines Gerichtsbeschlusses vom Landgericht I, Zivilkammer 7, vom 8. Juli 1921, nach welchem 3 streikenden Kollegen im Wege der einstweiligen Verfügung laut § 935 Z. P. O. angeordnet wird:

„Den Antragsgegner wird bei Vermeidung einer Haftstrafe von 1 Woche für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, sich bei dem gegenwärtigen Streik der Fabrikbetriebe der Geschäftsbücher- und Arbeiterbetriebe in Berlin dahin zu betätigen, daß Arbeitswillige an der Ausübung der Arbeit durch sie selbst oder durch Streikposten oder durch ein sonstiges von ihnen instruiertes Organ gehindert werden.“

Der Einspruch gegen den oben genannten Gerichtsbeschluss ist angemeldet, und geht im Übrigen die geordnete Streikleitung und der geschlossene Kampf der Streikenden weiter. Die Leute um Dr. Feldgen und Uschelm mögen es unterlassen, an den gesunden Sinn der Arbeiterschaft zu appellieren und die Streikenden als dumme Kinder und von Unzufriedenen Verföhrt hinstellen. Die herrschende Teuerung, die immerwährenden brutalen Widerstände der Unternehmer einer Lohnaufbesserung gegenüber hat das Maß von Ueberlaufen gebracht, und die Arbeiterschaft — zumest langjährige, 15-20 Jahre in den Betrieben Beschäftigte — ist geschlossen und mit dem unbedingten Willen zum Durchhalten bis zum Erfolg in den Streik getreten.

Trotz Api, trotz Gerichtsbeschluss und trotz Staatsanwalt lebe die Solidarität! Nun erst recht aushalten!

Die Streikleitung.

Rechtsunsicherheit

Der Vorsitzende des Berliner Kaufmanns- und Gewerbegerichts, Magistratsrat Schalkhorn, vertagt jetzt anstehende Termine bis auf weiteres. Formal ist er im Recht, weil nach dem 30. Juni d. J. Kräfte bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten in Groß-Berlin nicht mehr amtieren können.

Weiter haben die Amtsgerichte den Gerichtsvozsieheren die Vollstreckung nach dem 30. Juni d. J. erlangenen Urteile der Kaufmanns- und Gewerbegerichte Groß-Berlin unterlag. Damit ist der Zustand völliger Rechtsunsicherheit für arbeitsrechtliche Streitigkeiten eingetreten, der den maßgebenden Stellen von Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission und des AFA-Bundes vorausgesetzt wurde.

Das Handelsministerium hatte eine vorübergehende kommissarische Bestetzung von Richtern angeordnet. Bis jetzt ist eine derartige Bestetzung nicht ergangen. Es liegt die Frage nahe, ob die in Betracht kommenden Stellen das selbe Tempo innehalten würden, wenn die Vertretungen der Arbeitgeber berechtigter Wünsche geäußert hätten.

Die in Frage kommenden Kreise der Arbeitnehmer befinden sich angesichts dieser Zustände in heftiger Erregung. Es bleibt abzuwarten, ob jetzt die behördlichen Stellen vielleicht etwas energischer bemüht sein werden, die festgestellte Rechtsunsicherheit zu beheben.

U. S. P. D.-Funktionäre des Metallarbeiterverbandes. Am Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr, findet in der Höpff-Bräuerei, Prenzlauer Allee 212, eine Funktionärskonferenz statt. Parteibuch und Gewerkschaftsbuch legitimiert. Material wird dort ausgegeben. Erscheinen ist Parteipflicht.

Parteiveranstaltungen

Preiskommission. Sitzung am Mittwoch 8 Uhr. Der geschäftliche Abendbesuch einer Stunde früher. Beiwohler in der „Freiheit“, Breite Str. 68. **Besprechung über den reaktionären Nachbarn** auf den Odenweg der Preiskommission. Gesellen Paul Pfaffenhäuser, Nr. 5, Birkenstraße 49, zu richten. **12. u. 13. Bezirk, Jenseits.** Die Besprechungen während der Ferien finden wegen harter Arbeitsteilung aus. Wiederbeginn Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr. **Schule, Pappell-Allee 41-42.** Als Ersatz finden jeden Dienstag und Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, ein Spielabend des Sports mit der U. S. P. D. statt, wozu die Kinder aller Genossen eingeladen und ermuntert sind. **18. Bezirk (Friedrich 7. Bezirk).** Die Genossinnen werden aufgefordert, die Zahl ihrer Kinder, die an dem Ausflug am 27. Juli nach Schöneberg teilnehmen, bei Dietrich, Komtorenstraße 47, Jägerstraße, bis zum 20. Juli gemäß Teilnehmerermittlung anzugeben.

Beiratsfrauen der Frauenvereine und Arbeiterlichen Kommissionen und Kreisvereine. Donnerstag, den 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Besammlung in der Arbeiterbildungsstätte, Breite Straße 68. Vortrag der Genossin S e g e r über „Kolonisation und Organisation“. **Vollständiges, vollständiges Erscheinen aller Genossinnen unbedingt notwendig.**

1. Verwaltungsbereich, 4. Bezirk (Weßen). Die Bezirksleiter müssen sofort die Sammelstellen für die Ferienkolonie dem Genossen Döring, Steinwegstraße 28, abholen.

Dienstag, 19. Juli.

11. Bezirk, 1. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Ring, Daxgäßchen 70. Vortrag des Genossen Knoop über Kommunalreform.

12. Bezirk (Friedrich 4.), 18. Abteilung. Abends 8 Uhr wichtige Funktionärssitzung bei Weiser, Güntzelstraße 11. Erscheinen aller Odenweg beteiligt.

13. Verwaltungsbereich. Abends 7 Uhr im Grünen Baum Sitzung der Kommunalen Kommission.

Mittwoch, 20. Juli.

1. Bezirk (Westm.-Mitt). Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung Breite Str. 33.

1. Bezirk (Berlin-Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Dahm, Schlegelstraße 2.

1. u. 2. Bezirk. Abends 7 Uhr bei Schulz, Odenburger Straße 19. Sitzung der kommunalen Kommission. Vortrag über die Geschäftsführung bei den kommunalen Kommissionen. Wie hieran interessierten Parteigenossen werden freunlichst ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

3. Bezirk. Abends 7 Uhr Zusammenkunft der Wahlkommission bei Barleben, Burgborsstraße, Ecke Willenowstraße.

4. Bezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krauß, Altredter Straße 21.

10. Bezirk (Gehlsbrunn). Abends 8 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Scharymann, Steininer Straße 11. Erscheinen aller notwendig.

Bereinskalender

Dienstag, 19. Juli.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Gruppe C, Minnetale und Reitz. Abends 7 Uhr Gruppenversammlung im Lokal von Trauer, Nollwitzerstraße 23a.

Gruppe Reichsmitglied und Parteipropaganda. Nachmittags 3 Uhr findet im Lokal von Karl Witt, Köpcke 27, eine wichtige Gruppenversammlung statt. Tagesordnung: Das Ergebnis der Verhandlungen.

Johann Janda, Ref. und Parteileiter. Abends 7 Uhr Generalsekretariat bei Hoffmann, Rodener Straße 8.

Weld nicht. In Berlin SW 61 befindet sich die Geschäftsstelle einer Wochenschrift für Handel und Wirtschaft, Wissenschaft und Sport, die sich „Deutscher Handels-Kurier“ nennt. Dieses Blatt versucht anscheinend deutschösterreichische Tendenzen auf das Gebiet der Wirtschaft zu übertragen. In der Nummer 4 vom Monat Juli befindet sich ein Leitartikel: „Mittel im Welt-handel.“ Darin gibt ein gewisser Herr Scherler seine Auslandserfahrungen zum besten unter dem Leitenden Gedanken: „Es ist leider zu wenig bekannt, daß wir keine Segner außerhalb unseres Vaterlandes hätten. Wenn wir uns auf uns selbst besinnen würden, wenn wir zum nationalen anstatt internationalen Denken zurückkehren, wenn wir wieder Deutsche wären.“ Diese Tendenz des Blattes hindert aber offenbar die Verlagsdirektion nicht, in der Anzeigeannahme international zu denken. Und so findet sich auf der Rückseite der Beilage derselben Nummer ein riesiges Inserat einer ausländischen Filmgesellschaft, in dem ausschließlich ausländische Produkte angepriesen werden. Der Handel, den das Blatt national meistern zu können glaubt, zeigt eben doch seinen internationalen Charakter, und alle reaktionellen Artikel über nationales Denken werden durch den internationalen In-ternationalität Lügen gestraft.

Arbeitskräfte für die diesjährige Kartoffelernte. Am 9. d. M. fand eine Sitzung des Landwirtschaftlichen Landratsrates beim Brandenburgischen Landesarbeitsamt statt, in der eingehend über die Deckung des Arbeiterbedarfs für die diesjährige Kartoffelernte beraten wurde. Man einigte sich dahin, daß dieser Bedarf, soweit irgend angängig, aus einheimischen Kräften zu decken sei. Gewisse Schwierigkeiten bereitet auch hier wieder die Unterbringungsfrage. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß durch Errichtung einfacher Behelfsbauten aus Schalblettern in Anlehnung an Schnitterfakernen oder Wirtschaftsgebäuden leicht Wohnplätze zu schaffen sei, um so mehr, als es sich ja hier nur um eine Unterbringung für eine verhältnismäßig kurze Zeit handele, während welcher die Arbeiter sich mit einer behelfsmäßigen Unterbringung, sofern sie nur gesund und sauber ist, einverstanden sein würden. Es sei dringend erwünscht, daß diejenigen Güter, welche einen größeren oder umgekehrt nicht völlig zu deckenden Arbeiterbedarf für die Kartoffelernte haben, sich schon jetzt mit dieser Frage beschäftigen und die etwa notwendigen Vorkehrungen rechtzeitig treffen. Das Landesarbeitsamt wurde beauftragt, an die Arbeitgeber der Provinz heranzutreten, um diese zu möglichst baldiger, zunächst jedoch unverbindlicher Anmeldung ihres Bedarfs aufzufordern, damit auch das Landesamt im Benehmen mit den Arbeitsnachweisern mit seinen Vorbereitungen früh genug beginnen kann. Bei der heutigen Arbeitsmarktlage wird damit gerechnet, eine erhebliche Anzahl von Kartoffelbuddlern zu beschaffen.

Einem Schwindel mit gefälschten Postanweisungen hat die Kriminalpolizei in der Friedrichstraße 128 wieder aufgedeckt, die Beteiligten verhaftet und einen Teil des peruntreuten Geldes wieder herbeigeschafft. Nicht weniger als sieben Personen waren an dem einträglichen Schwindel beteiligt. Verhaftet wurden der Postbote Willy Hoffmann mit seiner Ehefrau vom Postamt SO 16, ein früherer Postbote Bruno Schulz aus der Grefswalder Straße, der schon wiederholt verurteilt ist, ein Kellerer Alexander Heßberg aus der Hofstraße, ein Willeig Sekretär aus der Grünauer Straße, ein gewisser Bärwald und ein Buchdrucker Puhl aus der Böttstraße. Hoffmann war von seinen Spielfreunden überredet worden, gefälschte Postanweisungen in den Verkehr einzuschmuggeln. Diese waren durch Vermittlung des Bärwald von dem Buchdrucker Puhl, der der Gesellschaft allerlei Stempel lieferte, die nicht nur zur Herstellung der Postanweisungen, sondern auch zu Ausweispapieren benutzt wurden, mit denen Heßberg überall hinstreift. Auf die Namen dieser gefälschten Papiere liefen dann die Zahlungen bei ihm an den betreffenden Orten, wo er sich gerade aufhielt, ein. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind auf diese Weise Beträge von mehr als 70 000 M. zur Auszahlung gelangt. Von diesem Gelde sind 5000 M. aus einem Versteck herangeholt worden, ein größerer Betrag soll noch irgendwo vergraben sein. Wer über den restlichen Betrag und über die Verhafteten weitere Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Hilfen durch Fernsprecher. Die Erfolge des postartigen Hilfe-rukes „Ueberfall“ haben dazu geführt, nach und nach weitere Fernsprecher mit Hilfe-Einrichtungen zu versehen. Diese Einrichtungen werden jetzt 30 bis 40 mal wöchentlich in Anspruch genommen und haben bewirkt, daß bei Einbrüchen 25 Prozent der Täter gefaßt, die anderen zum mindesten verhehrt wurden. In der Regel war die Polizei bei dem Anruf „Ueberfall“ in 5 bis 10 Minuten am Tatort. Man muß sich nur vor überflüssigen Alarmierungen hüten. Fälle, in denen die Polizei Beurlaubene abholen soll, oder die Tatsache, daß jemand Wutkrämpfe bekommen hat, dürfen natürlich nicht dafür herhalten, um durch das Stichwort „Ueberfall“ nun möglichst schnell die Polizei herbeizurufen. Durch solche unnötigen Alarmierungen des Ueberfallkommandos legt sich der Fernsprecher unliebsamen Regrehanprüchungen aus. Das Stichwort „Ueberfall“ darf nur bei einem tatsächlichen momentanen Einbruch oder bei unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben gegeben werden. Dann aber spreche man deutlich, nachdem man den Hörer des Fernsprecherapparates abgenommen hat und die Beamten sich gemeldet hat, zunächst das Wort „Ueberfall“ und nenne darauf die Straße, Hausnummer, Vorder- oder Gartenhaus, Stockwerk und den Namen des Hilfeuchenden, sowie Amt und die Nummer der Sprechstelle; das weitere veranlaßt das Amt.

Einen großen Butterbrotwindel, durch den eine ganze Reihe Berliner Familien geschädigt sind, betrieb ein Kaufmann Ferdinand Erler aus Alm, der jetzt dort auf Veranlassung des Untersuchungsrichters verhaftet worden ist. Erler inzerierte in Berliner und anderen Tageszeitungen, daß er in Altpapier Tafelbutter, ungelassen, stets frisch, in Postpaketen von 10 Pfund zum Preise von 185 M. frei Haus bei Vorauszahlung auf sein Postfachkonto Stuttgart 23864 liefert. Auf diese Anzeige sind eine ganze Anzahl Bestellungen eingelaufen und ist das Geld auch beim Postfachamt eingezahlt worden. Erler hat dieses dann ab, ohne daran zu denken, auch die Butter zu liefern. Als der Schwindel an den Tag kam, wurde das Postfachkonto gesperrt, doch laufen noch ständig Zahlungen ein. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen sich bei der Dienststelle B II, 18, Zimmer 113 des Berliner Polizeipräsidiums, melden. Andere, die die Anzeige noch nachträglich sehen wollten, werden gewarnt, das Geld einzulösen.

Eröffnung des Luft- und Sonnenbades im Pichtenberger Stadion. Eine begrüßenswerte Erweiterung haben die Anlagen des Pichtenberger Stadions an der Herbergstraße durch Eröffnung des Luft- und Sonnenbades erfahren, das von morgens 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit täglich geöffnet ist. Bades-tage für Damen: Montag, Mittwoch und Freitag. Bades-tage für Herren: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Badesarten für Erwachsene 1 M., im Duschbad 10 M., Kinder zahlen die Hälfte, Krankenkassen, Polikliniken und Vereine für das Einzelbad 60 Pf. Karten sind an der Kasse des Stadions zu haben. Be-stellungen nimmt telephonisch der Spielfeldinspektor (Tel. 1551) entgegen.

Portoerhöhung für Auslandspakete. Im Auslandspaketverkehr sind seit dem 20. März 1921 die Gewicht- und Versicherungsgeldder nach dem Verhältnis von 1 Franken — 10 M. erhoben worden. Entsprechend der inzwischen veränderten Bewertung der deutschen Mark und infolge der bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu verzinsenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postver-waltung zur Verbütung von empfindlichen wirtschaftlichen Schädi-gungen gezwungen, vom 1. August d. J. an die vorbezeichneten Gebühren nach dem Verhältnis 1 fr. — 12 M. zu erheben. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Charlottenburger Mieteneingangsamt. Vom 20. d. Ms. ab bleiben bis auf weiteres beim Charlottenburger Wohnungsamt und Mieteneingangsamt die Bureaus mittwochs und sonntags für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Auskunftsstelle des Mieteneingangsamtes ist nach wie vor täglich von 9—12 Uhr geöffnet.

Verantwortlich: Dr. Theodor Heine. Druck- und Verlagsanstalt: Deutscher Arbeiter-Verlag, Berlin, Kottbuscher Straße 22.